

Aufsätze

Levke Aduda/Margit Bussmann

Einseitige Gewalt in Bürgerkriegen und deren Auswirkung auf Mediationsangebot und -nachfrage

In durch Massaker und gezielte Gewalt gegen Zivilistinnen gekennzeichneten Bürgerkriegen entsteht bei Drittparteien ein Handlungsdruck, die Konfliktparteien von einer friedlichen Konfliktlösung zu überzeugen. Mediation ist hierfür ein für Drittparteien relativ kostengünstiges Instrument. In der vorliegenden Studie untersuchen wir, ob Mediationsangebote durch einseitige Gewalt hervorgerufen und ob diese Angebote von den Konfliktparteien angenommen werden. Vor allem von demokratischen Staaten und internationalen Organisationen mit einem humanitären Fokus erwarten wir, dass sie umso wahrscheinlicher Mediation anbieten, je mehr Zivilistinnen einseitiger Gewalt zum Opfer fallen. Gleichzeitig gehen wir davon aus, dass die gewaltverübenden Konfliktparteien Mediationsangeboten ablehnend gegenüberstehen. Die statistischen Analysen über die Wahrscheinlichkeit von Mediationsangeboten und -nachfragen in Bürgerkriegen zwischen 1989 und 1999 zeigen, dass Mediationsangebote in Konflikten mit vielen zivilen Opfern wahrscheinlicher sind – insbesondere wenn die Regierungsseite die Täterin war. Ein negativer Zusammenhang lässt sich hingegen zwischen der Annahme von Mediationsangeboten und einseitiger Gewalt konstatieren.

Schlagworte: Bürgerkriege, Zivilistinnen, einseitige Gewalt, Mediationsangebot, Mediationsnachfrage

1. Einleitung

In vielen innerstaatlichen Konflikten sind zivile Opfer nicht nur eine indirekte Folge von Kampfhandlungen, sondern werden aus strategischen Gründen von Regierungstruppen und Rebellengruppen getötet. Vor allem über gezielt eingesetzte Gewalt gegenüber unbewaffneten Zivilistinnen, in der Forschung auch weitläufig als einseitige Gewalt bezeichnet (Eck/Hultman 2007), und über das Ausmaß von Massakern macht sich regelmäßig Entsetzen in den Medien, in der internationalen Öffentlichkeit und

bei politischen Entscheidungsträgerinnen breit.¹ Einhergehend mit der Verurteilung dieser Aktionen wird häufig der Ruf nach einem Eingreifen der internationalen Gemeinschaft laut. So führten Berichte über zunehmende Gräueltaten von *Boko Haram* in Nigeria und dessen Nachbarstaaten zu einer intensiven Diskussion um die Schutzverantwortung der Vereinten Nationen (VN). Die Kampagne *Bring Back Our Girls*, eine Reaktion auf die Entführungen von hunderten Schulmädchen durch *Boko Haram*, war auch Anlass einer öffentlichen Debatte über eine militärische Intervention der USA oder anderer westlicher Staaten. Diese Erwartungshaltung, auch als *Do Something*-Syndrom beschrieben (Snow 1996), ist besonders ausgeprägt in sehr intensiv geführten Konflikten mit vielen zivilen Todesopfern.²

Neben militärischen und wirtschaftlichen Interventionen kann die internationale Gemeinschaft mit diplomatischen Mitteln auf Massengräueln reagieren, indem Drittparteien ihre Dienste als Konfliktvermittlerin anbieten. Mediation hat den Vorteil, dass sie *ad hoc* als Konfliktlösungsmittel eingesetzt werden kann. Damit ein Mediationsprozess beginnen kann, ist ein zweistufiger Vorlauf, bestehend aus dem Angebot von Mediation durch eine Drittpartei und dessen Annahme seitens der Konfliktparteien, notwendig (Bercovitch 2002). Durch ein Mediationsangebot signalisiert die Drittpartei sowohl den Konfliktparteien als auch der eigenen innenpolitischen Zielgruppe und Öffentlichkeit, dass der stattfindende Konflikt nicht unbeachtet bleibt und sie etwas dagegen unternehmen möchte. Für Drittparteien ist Mediation eine relativ kostengünstige Art der Intervention, deren eindeutiger Vorteil die zeitnahe Umsetzung sowie das gewaltfreie Eingreifen sind. Inwiefern Mediation als Reaktion auf Gewalt gegen Zivilisten angeboten wird, ist bisher nur wenig erforscht und daher Gegenstand der vorliegenden Studie.

Wir argumentieren, dass eine Differenzierung zwischen den Konfliktparteien für die Frage des Angebots und der Nachfrage nach Mediation unerlässlich ist. Wir erwarten vor allem von demokratischen Drittparteien und Organisationen mit humanitärem Fokus ein schnelles diplomatisches Engagement, wenn Gewalt gegen Zivilistinnen ausgeübt wird – insbesondere wenn die Regierung die Täterin ist. Gleichzeitig ist seitens der Gewalturheberin, sofern diese die Regierung ist, nicht mit einem Interesse an externer Einmischung zu rechnen. Die Regierung wird in diesen Situationen befürchten, dass die Mediatorin ihr gegenüber voreingenommen ist. Gleichzeitig ist für Rebellengruppen bereits mit dem Zustandekommen eines

1 Im Folgenden verwenden wir abwechselnd die feminine und die maskuline Schreibweise.

2 Die Autorinnen bedanken sich bei drei anonymen Gutachterinnen, Stephen Gent, Marijke Verpoorten, Lars Kirchhoff und Joakim Kreutz für hilfreiche Kommentare zu vorangegangenen Versionen dieses Artikels, sowie bei Johanna Liesch für wertvolle Zuarbeiten. Die Replikationsdaten und ein Webappendix sind auf der Homepage der Autorinnen zu finden (<http://ib.politik.uni-greifswald.de/>).

Mediationsprozesses internationale Anerkennung verbunden. Folglich erwarten wir seitens dieser ein generelles Interesse an Mediation, welches unabhängig von einseitig ausgeübter Gewalt zu beobachten sein sollte.

Im Folgenden ordnen wir unsere Arbeit in den Stand der Forschung zu internationaler Mediation ein. Das Gros der Forschung sieht Mediation als Antwort auf Konfliktintensität und -dauer, bislang allerdings ohne besondere Beachtung der Opferzahlen auf Seiten der Zivilbevölkerung. Im dritten Teil des Artikels präsentieren wir unser theoretisches Argument, bevor wir im Forschungsdesign unsere Datengrundlagen und Modellspezifizierungen darlegen. Die Ergebnisse der statistischen Analyse bestätigen unsere theoretischen Erwartungen weitgehend. Wir schließen unser Papier mit einer Diskussion und einem Fazit.

2. Mediation der internationalen Gemeinschaft in Bürgerkriegen

Der internationalen Gemeinschaft stehen verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung, um auf Gewalt gegen Zivilistinnen zu reagieren. Insbesondere in Bürgerkriegen, die von Gräueltaten gekennzeichnet sind, wird häufig der Ruf nach einer robusten Antwort der internationalen Gemeinschaft laut. Während die Anzahl militärischer Interventionen nach dem Ende des Kalten Krieges zurückgegangen ist, stieg die Zahl diplomatischer Eingriffe in Bürgerkriege, in Form von Mediation als gängigster Intervention, stark an (Regan et al. 2009; Greig/Diehl 2012). Im Gegensatz zu anderen Interventionsformen bieten diplomatische Verhandlungen eine kostengünstige Variante.³ Peter Wallensteen und Isak Svensson fassen den Vorteil von Mediation wie folgt zusammen:

»Mediation represents a type of engagement that is not passive. It does not require expensive resources as could be the case in peacekeeping, humanitarian assistance or sanction enforcement« (2014: 316).

3 Andere Formen des Eingreifens von Drittstaaten sind vor allem militärische oder wirtschaftliche Interventionen. Ob, und wenn ja, welche Art militärischer Intervention sowohl die Kämpfe, als auch die Gewalt gegen Zivilistinnen stoppen kann, ist Gegenstand diverser Studien. Dabei steht die Frage, ob parteigreifende oder neutrale Interventionen besser geeignet sind, im Zentrum des Interesses (Krain 2005; Wood et al. 2012; Hultman et al. 2013). Während Militäreinsätze mit hohen Kosten verbunden sind, bedeuten wirtschaftliche Sanktionen insbesondere für den die Sanktionen verhängenden Staat eine geringere direkte Gefahr. Allerdings sind Sanktionen zumeist nicht unmittelbar spürbar und stellen daher kein effektives Mittel dar, um eine sofortige Veränderung zu erzielen. Zudem gibt es Hinweise, dass Sanktionen die Gesundheitsversorgung und die Menschenrechtssituation der Zivilbevölkerung in den von Sanktionen betroffenen Staaten sogar verschlimmern können (Peksen 2009; Allen/Lektzian 2013).

Mediatorinnen bieten ihre Hilfe nicht zu jedem Konfliktzeitpunkt an. So stellt Zartman (2001) heraus, dass ein Konflikt erst »reif« sein muss, bevor Verhandlungen stattfinden können. Ist dies der Fall, erkennen beide Seiten an, dass sie nicht in der Lage sind, ihr Gegenüber zu besiegen und sie sich stattdessen in einer Pattsituation befinden. Während beide Seiten in den frühen Phasen des Konflikts damit beschäftigt sind, ihre Kräfte zu messen, erhalten sie mit zunehmender Konfliktdauer ein klareres Bild über die Stärken und Schwächen ihres Gegners. Je länger eine militärische Auseinandersetzung andauert, desto kostspieliger wird sie für beide Konfliktparteien, deren Opferzahlen steigen (Lacina 2006). Obwohl jedwede Art der Konfliktfortführung de facto als Erfolg für die Rebellengruppen angesehen werden kann (Kissinger 1969), wird es für diese mit zunehmender Konfliktzeitpunkt immer schwieriger, Kämpferinnen zu rekrutieren, Waffen zu beschaffen und generell dauerhaft eine Bedrohung für die Regierung darzustellen. Letzteres gilt insbesondere, wenn die Bevölkerung sich von ihnen abzuwenden droht. Zugleich fallen für die Regierung wirtschaftliche, politische und militärische Kosten an. Sofern beide Konfliktparteien dann realisieren, dass sie ohne fremde Hilfe keine Fortschritte erzielen können, befinden sie sich auf einem »Plateau«. »Schmerzt« diese Situation und gewinnen die Konfliktparteien den Eindruck, dass sie diese nicht eigenständig verändern können, ist eine beidseitig schmerzende Pattsituation, ein *mutually hurting stalemate*, entstanden. Die Konfliktparteien realisieren, dass sie die Hilfe einer Drittspieler für die Konfliktlösung benötigen (Touval/Zartman 1985). In diesen Situationen ist die Wahrscheinlichkeit am höchsten, dass Mediationsangebote angenommen werden. Folglich findet Mediation vor allem in langen und kostenintensiven Konflikten statt (Bercovitch 1992; Greig 2005; DeRouen et al. 2011).⁴

Die meisten Studien untersuchen das Zustandekommen von Mediation und ver nachlässigen, dass bereits der Mediationsbeginn ein mehrstufiger Prozess ist, der aus dem Angebot von und der Nachfrage nach Unterstützung zur Konfliktlösung durch Drittspieler besteht.⁵ Zunehmend analysieren Forscher jedoch die Bedin-

4 Lange und intensiv geführte Kämpfe sind mit einer größeren Opferzahl und insgesamt höheren Kosten verbunden. Sie erhalten entsprechend viel mediale Aufmerksamkeit, wodurch der Druck, etwas für die Konfliktbeendigung zu tun, auch für Drittspieler zunimmt. Eine Vielzahl von Studien bestätigt die zunehmende Wahrscheinlichkeit eines Mediationsbeginns mit steigender Konfliktintensität (Greig 2005; Greig/Diehl 2006; Savun 2008; Beardsley 2010; DeRouen et al. 2011). Dies ist jedoch ein nicht unumstrittener Befund (Greig/Regan 2008; Mooradian/Druckman 1999), der zudem vom Ergebnis der Kämpfe und deren geografischer Distanz zur Hauptstadt bzw. zu Großstädten abhängen kann (Greig 2015; Ruhe 2015).

5 Weiterhin befassen sich Studien mit den Ergebnissen von Mediationsprozessen und beziehen zahlreiche Aspekte, die die Konfliktparteien, die Eigenschaften der Mediatorin, die Mediationsstrategie oder den Konflikt selbst betreffen, mit ein. Für kürzlich veröffentlichte Übersichten über das Gebiet der Mediationsforschung siehe Bergmann (2014) und Wallensteen/Svensson (2014).

gungen, unter denen Mediation überhaupt angeboten bzw. im nächsten Schritt angenommen wird (Greig/Regan 2008; Melin/Svensson 2009; Melin et al. 2013). Diese Unterscheidung ist aus theoretischer Perspektive besonders dann wichtig, wenn wir untersuchen möchten, ob Berichte über Massaker und andere Arten von gezielter Gewalt gegen Zivilistinnen Druck auf internationale Akteure aufbauen, sodass diese ihre Dienste als Mediator anbieten. Gleichzeitig beeinflusst Gewalt gegen Zivilisten die Entscheidung, ob die Konfliktparteien Mediationsangebote annehmen, da dies die Machtbalance zwischen den Akteuren beeinflussen kann und somit auch deren Kosten-Nutzen-Kalkulation beeinträchtigt (Wood et al. 2012).

Beschäftigt man sich eingehender mit dem Angebot von Mediation, so lässt sich zunächst konstatieren, dass die Wahrscheinlichkeit des Mediationsangebots (ebenso wie die Annahme dieses Angebots) in zwischenstaatlichen Kriegen größer ist als in innerstaatlichen Konflikten. Während Mediation auch in niedrigschwelligen zwischenstaatlichen Konflikten angeboten wird, findet sie in innerstaatlichen Konflikten zumeist dann statt, wenn diese sehr intensiv geführt werden (Melin/Svensson 2009). Dabei bieten Drittparteien ihre Vermittlungsdienste in der Regel nur dann an, wenn sie sich der Annahme dieses Angebots relativ sicher sind (Melin/Svensson 2009), um negative Auswirkungen auf die Reputation als Mediatorin zu vermeiden (Melin et al. 2013). Folglich werden Mediationsangebote gut durchdacht und ihre Erfolgschancen häufig fernab der medialen Öffentlichkeit geprüft, bevor sie öffentlich wahrnehmbar unterbreitet werden. Zugleich ziehen Mediationsangebote einer Partei vielfach Mediationsangebote weiterer Parteien nach sich (Greig/Regan 2008; Aydin 2010).

Das Spektrum an Drittparteien, die Mediation anbieten, ist breit gefächert. In vielen Fällen nehmen Staaten, vor allem die USA, die Rolle des Mediators ein. Unter den internationalen Organisationen sind besonders die VN, gefolgt von der Europäischen Union und der Afrikanischen Union, als Mediatorinnen hervorzuheben (DeRouen et al. 2011; Bercovitch/Schneider 2000). Nicht selten fungieren aber auch Nachbarstaaten und Regionalmächte als Mediatorinnen. Insbesondere Drittparteien, die in geografischer Nähe angesiedelt sind und enge kulturelle bzw. historische Beziehungen zum Konfliktstaat aufweisen, bieten Vermittlungsdienste an, da sie ein eigenes Interesse am Ausgang des Konflikts haben (Bercovitch/Kadayifci-Orellana 2009; Reid 2015; Greig/Regan 2008).⁶ Andererseits sind gerade auch Nachbarstaaten oft selbst

6 Die Identität der Mediatorin spielt insofern eine zentrale Rolle, als dass sie einen entscheidenden Unterschied machen kann, wenn es darum geht, Einfluss auf die Konfliktparteien auszuüben – sei es, um einen Mediationsprozess zu beginnen oder um während eines Prozesses die Überlappung der Zustimmungszonen zu identifizieren (Beardsley et al. 2006; Bercovitch/Gartner 2006).

in die betreffenden Konflikte involviert und können die Gewaltausübung sogar befeuern (Salehyan et al. 2014).

Eine in der Literatur viel diskutierte Frage ist in diesem Zusammenhang, ob neutrale oder parteiengreifende Drittstaaten als Vermittler geeigneter sind (z. B. Kydd 2003, 2006; Svensson 2007; Rauchhaus 2006; Beber 2012). Einerseits sollten Mediatoren eine klare Präferenz über den Ausgang eines Mediationsprozesses haben, um glaubhaft zu sein. Gleichzeitig ist eine starke Parteiergreifung für eine der Konfliktparteien problematisch, da es der Mediatorin in diesem Fall nur schwer möglich sein wird, das Vertrauen der anderen Konfliktpartei zu gewinnen (Kydd 2006).⁷

Wie bereits angedeutet, handeln Drittparteien nicht ohne Eigennutz, wenn sie ihre Vermittlungsdienste anbieten. Mediation gilt zwar als relativ kostengünstiges Instrument zur Konfliktlösung, ist aber dennoch nicht kostenfrei. Zum einen setzen Mediatorinnen ihre Reputation als Konfliktmanagerin aufs Spiel und sind deshalb darauf bedacht, ihre Dienste in möglichst erfolgversprechenden Situationen anzubieten. Zum anderen entstehen bei der Durchführung des Mediationsprozesses sowie durch die potentiell begleitende Bereitstellung von Zuckerbrot und Peitsche auch direkte Kosten für die Mediatoren (Hellman 2012). Daher bieten Drittparteien Mediation nur dann an, wenn sie ein ausdrückliches Interesse an einem Konflikt und dessen Ausgang hegen (Touval/Zartman 1985; Princen 1992; Bercovitch/Schneider 2000; Beardsley 2010). In diesem Fall engagieren sich Drittparteien über einen langen Zeitraum in einem Konflikt und bieten ihre Hilfe wiederholt zu unterschiedlichen Zeitpunkten an (Greig/Regan 2008).

Das durch eine Drittpartei vorgebrachte Mediationsangebot muss im Anschluss von den Konfliktparteien akzeptiert werden, damit der Vermittlungsprozess beginnen kann. Generell ist Mediation ein Prozess, an dem beide Konfliktparteien freiwillig teilnehmen. Ihre ausdrückliche Zustimmung ist zwingend notwendig (Bercovitch 2002; Beardsley 2011). Folglich müssen der Mediationsprozess und ein mögliches Mediationsergebnis attraktiver für die Konfliktparteien sein als die Fortführung des bewaffneten Konflikts (Greig/Regan 2008). Die Kosten für das Zustandekommen von Mediation verteilen sich jedoch unterschiedlich auf die Konfliktparteien (Clayton 2013).

Vor allem die in Konflikte verwickelten Regierungen haben mit Kosten zu rechnen und sind eher skeptisch gegenüber Mediationsprozessen mit Rebellengruppen.

7 In der Forschung finden sich aber auch Hinweise, dass Mediatoren, die auf der Seite der Regierung stehen, Konfliktparteien zur Aushandlung von Abkommen mit territorialer Machtteilung bewegen können (Svensson 2007). Mediatoren, die auf der Seite der Rebellen stehen, sind dagegen besser in der Lage, politische Machtteilungsabkommen zu verhandeln – insbesondere, wenn Sicherheitsgarantien eine wichtige Rolle spielen (Svensson 2009).

Das bloße Zustandekommen von Mediation spricht den Rebellen bereits Legitimität zu und signalisiert zugleich die Schwäche der Regierungsseite (Greig/Regan 2008; Melin et al. 2013; Clayton 2013), was die Rebellen innenpolitisch wiederum stärken kann (Melin/Svensson 2009). Signalisiert eine Regierung Kompromissbereitschaft und Zustimmung zu einem Mediationsangebot, kann dies als Hinweis für die Untragbarkeit der eskalierenden Kosten eines andauernden Krieges gewertet werden (Beardsley 2010; Greig 2005; Greig/Diehl 2006). Die Zustimmung einer Regierung zu Mediation lässt zudem vermuten, dass sie nicht mehr die volle Kontrolle über ihr Territorium besitzt und nicht in der Lage ist, innenpolitische Probleme eigenständig zu lösen. Durch das Einbeziehen einer Drittpartei zur Konfliktlösung wird die Autonomie der Regierung zu einem gewissen Grad untergraben (Clayton 2013; Greig/Regan 2008; Melin/Svensson 2009).

Die Regierungsseite wird nur dann Mediation akzeptieren, wenn ihre Entschlossenheit, den Krieg mit militärischen Mitteln zu gewinnen, bedeutsame Einschränkungen erfahren hat, vor allem durch geringer wahrgenommene Aussichten auf einen Sieg oder höhere Konfliktkosten (Clayton/Gleditsch 2014). Nur wenn die Rebellengruppe relativ stark ist und sich in einer Position befindet, in der sie die Regierung ernsthaft herausfordern kann, wird die Regierung in einen Mediationsprozess einwilligen (Clayton 2013). Können Rebellengruppen zunehmende Gewinne bei Kämpfen mit der Regierung verzeichnen oder rücken die Schlachten näher an die Hauptstadt oder Großstädte heran – beides Zeichen der relativen Stärke der Aufständischen – wird die Regierung mit höheren Kosten eines andauernden bewaffneten Konflikts rechnen und eher einer Mediationsbeteiligung zustimmen (Greig 2015; Ruhe 2015).

Rebellengruppen dagegen stehen einer Mediation tendenziell offen gegenüber (Bercovitch/Jackson 2001; Svensson 2007). Sie lassen selten eine Gelegenheit aus, an einem Mediationsprozess mitzuwirken, da sie durch die Teilnahme an internationalen Verhandlungen bereits an Legitimität und Status gewinnen können (Jo/Thomson 2013). Zudem erhalten sie die Möglichkeit, ihren politischen Forderungen näher zu kommen (Cunningham et al. 2009).⁸

Während Mediation somit je nach Konfliktpartei unterschiedlichen Zwecken dienen kann, beherbergt sie für beide Seiten die Möglichkeit, dem Druck von außen nachzugeben und eine folgenschwerere Einmischung, etwa in Form einer militärischen Intervention, zu verhindern. So hat beispielsweise die Diskussion um die

8 Besonders eine starke Rebellengruppe wird einer Einigung eher zustimmen, da sie über ausreichende Verteidigungskapazitäten verfügt, sollte die Regierung eine Vereinbarung brechen. Daher werden schwache Rebellengruppen einer Einigung zumeist nur zustimmen, wenn externe Akteure Sicherheitsgarantien anbieten (Clayton 2013; Walter 1997).

Entsendung von *Peacekeeping*-Truppen im Konflikt zwischen der Regierung Ugandas und der *Lord's Resistance Army* die Zustimmung der Konfliktparteien zu einem Mediationsprozess forciert. Gleichzeitig ermöglicht Mediation es den Konfliktparteien »versteckte Motive« (Richmond 1998: 707) zu verfolgen, z. B. um angesichts hoher militärischer Verluste Zeit für eine Re-gruppierung zu gewinnen (Beardsley 2009).

3. Die Bedeutung ziviler Opfer für Angebot und Nachfrage von Mediation

In Bezug auf die Kosten eines Konflikts, legt ein Großteil der Forschung, wie in dem präsentierten Literaturüberblick deutlich geworden ist, den Fokus auf im direkten Zusammenhang mit Kampfhandlungen stehende Opfer. Durch Kampfhandlungen bedingte Tote sind jedoch nicht die einzigen »menschlichen Kosten«, die in bewaffneten Konflikten entstehen. In Bürgerkriegen werden zahlreiche Zivilistinnen getötet, wobei zwischen Opfern zu unterscheiden ist, die im Zeitverlauf durch die Folgen des Krieges (z. B. durch Hungersnöte oder eine eingeschränkte Gesundheitsversorgung) sterben oder als sogenannte »Kollateralschäden« bei den Kämpfen zwischen die Fronten geraten, und Opfern, die durch gezielte und direkte Gewaltanwendung getötet werden. Für Kreutz und Brosché (2013) sind es gerade die letztgenannten, von einseitiger Gewalt geprägten Konflikte, in denen sich Mediatoren engagieren. Die Autoren argumentieren, dass sich Drittstaaten – beeinflusst von der stärker werdenden Norm des Schutzes von Zivilisten – in diesen Konflikten engagieren müssen und dabei in einer Mediation eine schnelle und relativ risikoarme Option finden. Mittels zeitlich disaggregierten Tests zeigen sie, dass Mediation insbesondere in dem jeweils auf Angriffe auf die Zivilbevölkerung folgenden Monat stattfindet, was die Dringlichkeit einer internationalen Antwort unterstreicht. Sie finden heraus, dass Mediation nur dann stattfindet, wenn die Regierungsseite Gewalt an Zivilistinnen verübt – ein Befund, für den die Autoren jedoch keine Erklärung anbieten. Während sich die Argumentation von Kreutz und Brosché insgesamt stark auf die Angebotsseite stützt, vernachlässigen die Autoren die Perspektive der Konfliktparteien und Täterinnen. Diesen Aspekt greifen wir im folgenden Theorieteil auf, da unserer Meinung nach ein einfaches, nur auf das Zustandekommen von Mediation ausgelegtes Modell, hier zu kurz greift. Zudem erachten wir es als notwendig, bereits in der theoretischen Argumentation zwischen den Konfliktparteien zu unterscheiden. Dies ist insbesondere für das tiefergehende Verständnis von Mediation, zu dem eine Analyse des Verhaltens aller Konfliktparteien gehört, von Bedeutung (Bercovitch et al. 1991).

Als theoretischen Rahmen beziehen wir uns auf den in der Literatur beschriebenen zweistufigen Prozess aus Mediationsangebot und –annahme (Bercovitch 2002; Greig/Regan 2008): Damit ein Mediationsprozess zustande kommen kann, muss eine Drittpartei ihre Dienste als Vermittlerin anbieten und die beteiligten Konfliktparteien müssen dieses Angebot annehmen. Das Angebot und die Annahme von Mediation wird von verschiedenen Faktoren beeinflusst, wobei in der Literatur bislang insbesondere die Konfliktdauer und die Konfliktintensität, einhergehend mit dem Kräfteverhältnis der Konfliktparteien als maßgeblich betrachtet werden (Greig 2005; DeRouen et al. 2011). Unser Fokus liegt auf einseitiger Gewalt als zentralem Aspekt der Konfliktintensität. Wir legen zunächst dar, warum wir einen Zusammenhang zwischen einseitiger Gewalt und dem Angebot von Mediation erwarten (H1) und verfeinern dann im Folgenden, ob ein Mediationsangebot wahrscheinlicher von demokratischen Staaten bzw. humanitären Organisationen unterbreitet wird (H2 und H3). Schließlich legen wir theoretische Gründe für die Wahrscheinlichkeit dar, dass die Konfliktparteien ein solches Angebot annehmen, wenn sie in einseitige Gewalt verwickelt sind. Dabei ist es aus unserer Sicht essentiell zu unterscheiden, ob die Regierungsseite (H4) oder eine nicht-staatliche bewaffnete Gruppe (H5) Zivilisten tötet. Im vierten Abschnitt überprüfen wir diese Hypothesen statistisch.

Von einseitiger Gewalt und Massakern gekennzeichnete Konflikte sind eine große Herausforderung für die internationale Staatengemeinschaft und gehen mit verstärkter medialer Aufmerksamkeit einher. Internationale Medien und zivilgesellschaftliche Akteure, insbesondere Menschenrechtsgruppen, versuchen mithilfe von öffentlichen Verurteilungen dazu beizutragen, dass Drittparteien in Aktion gegen die Täterinnen treten, um das gezielte Töten von Zivilisten zu beenden (Krain 2012; Hendrix/Wong 2013). Mit zunehmender Aufmerksamkeit erhöht sich bei internationalen Entscheidungsträgerinnen der Druck, in den Konflikt einzutreten und die Zivilbevölkerung zu schützen bzw. den Konflikt zu beenden. Neben militärischen und wirtschaftlichen Interventionen steht Entscheidungsträgern die bei Weitem kostengünstigere Option des diplomatischen Eingreifens zur Verfügung, die sowohl den Konfliktparteien als auch der Weltöffentlichkeit signalisiert, dass die Weltgemeinschaft mehr sein will als nur unbeteiligte Zuschauerin.

Der Druck auf Drittstaaten nimmt besonders im Zusammenhang mit Konflikten zu, die von einseitiger Gewalt gekennzeichnet sind, da hohe zivile Opferzahlen ein Beleg dafür sind, wie stark die Bevölkerung unter einem Konflikt leidet. Ein bereits lange andauernder Konflikt mit steigenden Opferzahlen erhöht daher nicht nur den Druck auf die Konfliktparteien, nach einer Verhandlungslösung zu suchen, sondern verlangt zunehmend das Einschreiten von Drittparteien. Eine hohe Zahl durch

Kampfhandlungen verursachter Todesopfer ebenso wie der Einsatz einseitiger Gewalt sind Zeichen militärischer Schwäche der Täterinnenseite (Hultman 2009; Wood 2010), besonders wenn diese Gewalt unterschiedslos eingesetzt wird (Kalyvas 2006). Der Außenwelt wird verdeutlicht, dass die Regierung des Konfliktstaates nicht in der Lage oder nicht willens ist, Kontrolle über ihr Territorium auszuüben und die Sicherheit der eigenen Bevölkerung zu gewährleisten.

Der weit verbreitete Einsatz einseitiger Gewalt ist zudem ein Hinweis auf fehlende Unterstützung in der Bevölkerung. Anstelle der freiwilligen Bereitstellung notwendiger Ressourcen müssen sich die Täter auf gewalttätige Mittel wie Plündерungen und Zwangsrekrutierungen stützen. Durch die Verbreitung von Furcht und die Einschüchterung der Zivilbevölkerung versuchen die Täterinnen, die Zivilbevölkerung von der Kooperation mit dem Gegner abzuhalten (Kalyvas 2006). Empirische Studien liefern zudem Hinweise auf den Einsatz einseitiger Gewalt zur Kompensierung militärischer Verluste (Hultman 2009; Schneider et al. 2012; Bussmann 2016).⁹

Inwiefern internationale Akteure auf zivile Opfer mit Vermittlungsversuchen reagieren, hängt auch davon ab, welche der Konfliktparteien sich der Strategie einseitiger Gewalt bedient. Insbesondere gezielte Gewaltanwendung gegen Zivilistinnen seitens der Regierung führt dazu, dass Mediationsprozesse stattfinden (Kreuz/Brosché 2013). Drittstaaten werden vor allem dann unter Zugzwang geraten, »etwas zu tun«, wenn andere staatliche Akteure die Verursacher einseitiger Gewalt sind. Staatliche Akteure werden als Mitglieder in internationalen Institutionen und als Unterzeichner internationaler Verträge, wie z. B. den Genfer Konventionen, an höheren Standards gemessen.¹⁰ Begeht eine Regierung derartige Verbrechen an der eigenen Zivilbevölkerung vorsätzlich, wird mehr als deutlich, dass sie nicht nur einer ihrer Hauptaufgaben, dem Schutz der eigenen Bevölkerung, nicht nachkommt, sondern stattdessen auf einseitige Gewalt als strategisches Mittel zurückgreift. Andere Staaten und internationale Regierungsorganisationen werden ihre diplomatischen Dienste daher verstärkt anbieten und darauf drängen, dass etwas unternommen wird, wenn ein anderer Staat für das gezielte Töten von Zivilistinnen

9 Konfliktparteien können einseitige Gewalt strategisch einsetzen, um die Bevölkerung zur Kooperation anzuhalten bzw. von der Kooperation mit der Gegnerin abzuhalten. In manchen Konflikten kann aber auch die Vertreibung bzw. Vernichtung der (gegnerischen) Zivilbevölkerung im Vordergrund stehen. Für einen Überblick verschiedener Erklärungsansätze zu den Ursachen von einseitiger Gewalt siehe Schneider et al. (2011).

10 Allerdings gibt es Hinweise, dass die Norm der IV. Genfer Konvention zum Schutz der Zivilbevölkerung in Vergessenheit gerät und die Unterzeichner nicht von Gewalttaten gegen die Zivilbevölkerung abhält (Bussmann/Schneider 2016).

verantwortlich ist.¹¹ Folglich sind Mediationsangebote insbesondere dann wahrscheinlich, wenn die Regierungsseite einseitige Gewalt ausübt.

Hinzu kommt, dass die Gewaltausübung durch die Regierungstruppen als ein Zeichen der Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen den Konfliktparteien zugunsten der Rebellinnen verstanden werden kann, sofern wir einseitige Gewalt als Signal der Schwäche der gewaltverübenden Konfliktpartei deuten. Folglich interpretieren Drittstaaten den Einsatz einseitiger Gewalt seitens der Regierung möglicherweise als Pattsituation. Der Logik des *mutually hurting stalemates* zufolge ist die Wahrscheinlichkeit, dass Mediation in diesen Situationen angenommen wird, vergleichsweise hoch. Dementsprechend erwarten wir, dass Drittparteien Mediationsangebote insbesondere dann machen, wenn einseitige Gewalt durch die üblicherweise stärkere Konfliktpartei, die Regierungsseite, ausgeübt wird.

Wird einseitige Gewalt von nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen verübt, gehen wir von einer abwartenden Haltung der internationalen Gemeinschaft aus, denn allein das Angebot von Mediation an eine Rebellengruppe erhöht deren Status. Internationale Akteure werden zunächst von einem Mediationsangebot absehen, da sie sich nicht in die inneren Angelegenheiten eines Staates einmischen wollen. Stattdessen werden sie Druck auf die betroffene Regierung ausüben, gegen die Verantwortlichen der Gräueltaten einzuschreiten. Erst wenn sich herauskristallisiert, dass die Regierung des betroffenen Staates nicht in der Lage ist, die Rebellengruppe in ihre Schranken zu verweisen und der Zivilbevölkerung den gebotenen Schutz zu gewähren, ist ein nachdrückliches Hilfsangebot von internationalen Akteuren zu erwarten. Daher ist das Angebot von Mediation vermutlich nicht eng an die von Rebellengruppen ausgeübte einseitige Gewalt geknüpft.

Kurzum, Drittparteien sind in Konflikten, in denen Zivilistinnen vermehrt Opfer einseitiger Gewalt werden, von der Weltöffentlichkeit dazu aufgerufen, zu reagieren. Dies trifft umso mehr zu, wenn die Regierungsseite die Täterin ist, da sie ihre Schutzverantwortung vorsätzlich verletzt. Drittparteien werden jedoch zögerlicher in ihrer Reaktion auf einseitige Gewalt seitens der Rebellengruppe sein, da es hier zunächst Aufgabe der zuständigen Regierung ist, ihre innerstaatlichen Angelegenheiten zu ordnen. Folglich lautet unsere erste Hypothese:

H1: Mediation wird wahrscheinlicher in Konflikten angeboten, in denen vermehrt Zivilistinnen zum Opfer einseitiger Gewalt werden – insbesondere, wenn die Regierung die Täterin ist.

¹¹ Der Frage der zeitlichen Abfolge, also inwiefern Gewalt gegen Zivilistinnen Mediation hervorruft oder eine Folge von Mediation ist, gehen wir mit zeitlich stärker disaggregierten Daten in einem Folgepapier nach (Bussmann/Aduda 2016).

Sofern eine Drittpartei ausdrückliches Interesse an der Lösung des Konflikts hat, wird sie Mediation anbieten. Vor allem von Drittstaaten, die demokratische Werte und Menschenrechte als besonders wichtig erachten, erwarten wir eine größere Neigung, auf einseitige Gewalt zu reagieren. Dies gilt umso mehr, wenn die öffentliche Meinung darauf drängt. Insbesondere in demokratischen Drittstaaten spielen zivilgesellschaftliche Akteure und Menschenrechtsgruppen eine wichtige Rolle und mobilisieren die Bevölkerung, vor allem dann, wenn Informationen über besonders grauenvolles Verhalten seitens der Täter bekannt werden.¹² Zivilgesellschaftliche Akteure und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) können als Interessengruppen direkt an politische Entscheidungsträgerinnen herantreten und/oder die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit durch medienwirksame Kampagnen lenken sowie Informationen zu den verübten Verbrechen bereitstellen (Krain 2012). Beispiele hierfür sind die Kampagnen *Kony 2012* der NGO *Invisible Children* angesichts der Zwangsrekrutierung von Kindersoldaten im Norden Ugandas oder *Bring Back Our Girls* als Reaktion auf die Entführung von Schulmädchen durch *Boko Haram* in Nigeria. Neben den besseren Einfluss- und Zugangsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Akteure zu Regierungsvertretern in demokratischen Drittstaaten spielt auch die Bedeutung, die einflussreiche NGOs einem Konflikt beimessen, eine Rolle. Inwiefern ein bestimmter Konflikt höher auf der Agenda der zivilgesellschaftlichen Akteure und der Öffentlichkeit angesiedelt ist, hängt auch von kulturellen und historischen Verbindungen sowie der geografischen Distanz zwischen den Zivilgesellschaften der Drittländer und den Konfliktstaaten ab.

Regierungen, die wiedergewählt werden möchten, werden auf den entsprechenden Druck ihrer eigenen Bevölkerung reagieren müssen, die Leiden der Zivilbevölkerung in Bürgerkriegsstaaten zu vermindern. Während eine militärische Intervention enorme Risiken birgt und die Vermeidung eigener Opfer für Staatsführerinnen in Demokratien eine der obersten Prämissen ist, da bei steigenden Opferzahlen ein Rückgang der öffentlichen Unterstützung zu erwarten ist (Mueller 1973; Gartner/Segura 1998), bietet Mediation eine relativ kostengünstige Alternative mit Signalwirkung sowohl für die eigene innenpolitische Zielgruppe als auch für die Konfliktparteien.¹³ Mediation ermöglicht es der Drittpartei in einen Konflikt zu inter-

12 Während wir vermuten, dass die Mobilisierung der Bevölkerung bei grauenvollen und brutalen Tötungen von Zivilistinnen stärker ausfällt, können wir diese Annahme im Folgenden nicht empirisch überprüfen, da uns die dafür notwendigen Daten fehlen.

13 Demokratische Staaten, die stärker der öffentlichen Meinung ausgesetzt und empfänglicher für die Lobbyarbeit von Menschenrechtsgruppen sind, verwenden neben Mediation auch Strategien wie *naming* und *shaming*, um zu zeigen, dass das Verhalten anderer Staaten nicht akzeptabel ist (Hafner-Burton 2008; Murdie/Peksen 2014).

venieren, ohne sich explizit auf eine Seite zu stellen. Gerade in Konflikten, die von einseitiger Gewalt gekennzeichnet sind, ist es für demokratische Drittstaaten wichtig, nicht mit den Gräueltaten in Verbindung gebracht zu werden – weder direkt noch indirekt.

Neben demokratischen Staaten sind besonders internationale Organisationen mit humanitärem Fokus probat, sich für den Schutz der Zivilbevölkerung zu engagieren. Vor allem die VN fungieren in besonders schwer zu lösenden Konflikten als Mediatorin.¹⁴ Entsprechende Konflikte erhalten entweder keine Mediationsangebote von anderen Drittparteien oder andere Akteure sind mit ihren Anstrengungen gescheitert. Letztere haben dann den Eindruck, dass ein erneutes Mediationsangebot nicht angenommen würde oder ein zukünftiger Prozess wenig erfolgsversprechend wäre. In diesen Situationen ist ein (erneutes) Mediationsangebot unwahrscheinlich (Melin/Svensson 2009). Stattdessen wird der Staffelstab an die VN übergeben, die nun aktiv werden müssen.

Die VN sind für die Rolle der Mediatorin geradezu prädestiniert. Vermittlungsversuche werden explizit als eine der friedlichen Konfliktlösungsmittel in Kapitel VI, Artikel 33 der VN-Charta aufgelistet und sind, wie auch die Bereitstellung der »Guten Dienste«, eine der zentralen Aufgaben des Generalsekretärs. Er kann sowohl auf Eigeninitiative als auch auf Anfrage der Konfliktparteien, des Sicherheitsrates oder der Generalversammlung als Mediatorin auftreten (UN 2014 a).¹⁵ Als Organisation mit stark humanitärem Fokus ist das Einschreiten der VN in besonders schwer zu lösenden und von einseitiger Gewalt gekennzeichneten Konflikten wahrscheinlich. Lange Zeit kritisiert, sich nicht energischer für die Beendigung der Massentötungen in Bosnien-Herzegowina und Ruanda eingesetzt zu haben, sehen sich die VN nun verstärkt in der Pflicht zu handeln. Insbesondere seitdem Diskussionen um die Norm der Schutzverantwortung, der *Responsibility to Protect* (R2P), begonnen haben, wurde der Schutz unbewaffneter Zivilistinnen weit oben auf die Tagessordnung der VN gesetzt. Während für eine erfolgversprechende militärische Intervention der VN ein angemessenes Sicherheitsratsmandat und entsprechende Ressourcenausstattung notwendig sind (Hultman et al. 2013), ist eine diplomatische Intervention nicht an ein solches Mandat gebunden.

14 Ähnlich verhält es sich mit militärischen Interventionen. Virginia P. Fortna (2004) zeigt, dass häufig die am schwersten zu lösenden Konflikte von Drittstaaten unbeachtet bleiben, sodass die VN militärisch eingreifen müssen.

15 Zudem verfügen die VN über eine *Mediation Support Unit*, die ad hoc eingesetzt werden kann und deren Mitglieder Mediatorinnen mit Expertenwissen zu verschiedenen Themen zur Seite stehen (UN 2014 b).

Insgesamt spielen die öffentliche Meinung und der Druck der Menschenrechtslobby insbesondere für demokratische Drittstaaten und internationale humanitäre Organisationen eine zentrale Rolle, um auf die strategische Tötung von Zivilisten zu reagieren und angemessen einzugreifen. Aufgrund der Bedeutung friedlicher Konfliktlösungsmechanismen werden die VN, aber auch Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen mit humanitärem Fokus, die eine ähnliche Agenda und ein gewaltfreies Selbstverständnis besitzen, motiviert sein, in von einseitiger Gewalt geprägte Konflikte einzugreifen. Wir erwarten also, dass demokratische Staaten und Organisationen mit einem humanitären Fokus Mediation anbieten, da diese eine friedliche Form der Intervention darstellt. Entsprechend formulieren wir die folgenden Hypothesen:

H2: In Konflikten mit zivilen Opfern ist es wahrscheinlicher, dass demokratische Staaten Mediationsangebote unterbreiten.

H3: In Konflikten mit zivilen Opfern ist es wahrscheinlicher, dass die VN und andere Organisationen mit humanitärem Fokus Mediationsangebote anbieten.

Mediationsangebote allein reichen jedoch nicht aus, um einen Mediationsprozess in Gang zu setzen. Damit ein solcher stattfinden kann, müssen beide Konfliktparteien ein entsprechendes Angebot annehmen (Bercovitch 2002). Die Teilnahme der Konfliktparteien an einem Mediationsprozess ist freiwillig und wird nur erfolgen, wenn die Disputanten Mediation als zielführender erachten als die Fortführung des Konflikts. Während wir argumentieren, dass einseitige Gewalt zu mehr Mediationsangeboten führt, gehen wir von einem geringen Interesse der Täterinnen an einer Einmischung von außen aus. Konfliktparteien, die Gewalt an unbewaffneten Zivilisten verüben, müssen mit harscher Kritik und voreingenommenen Drittparteien rechnen. Aus diesem Grund erwarten wir, dass eine Zustimmung zu Mediation in von einseitiger Gewalt gekennzeichneten Konflikten schwieriger zu erreichen ist. Dabei gilt es jedoch erneut, zwischen den Konfliktparteien zu differenzieren.

Regierungen zögern generell, sich auf einen Mediationsprozess einzulassen, da durch einen solchen Prozess die Legitimität und internationale Anerkennung der Rebellengruppen gefördert und die eigene Autonomie unterminiert wird (Greig/Regan 2008; Melin/Svensson 2009; Clayton 2013). Ist ein Konflikt zudem durch einseitige Gewalt geprägt, ist mit noch stärkerer Zurückhaltung bei der Zustimmung zu Mediation zu rechnen. Dieser Widerstand gegen Mediation wird sich zusätzlich verstärken, wenn die Regierungsseite die Haupttäterin einseitiger Gewalt ist. Sind Regierungstruppen in diese Art von Gewalttaten involviert, gehen wir von angespannten Beziehungen zu Drittstaaten und internationalen Organisationen aus. Die

Regierung des Konfliktlandes wird massiver Kritik und öffentlichen Verurteilungen ausgesetzt sein. Sie wird folglich einen gegen sie voreingenommenen, parteiischen Mediator erwarten und befürchten, Einbußen durch Mediation hinnehmen zu müssen. Auch fürchtet sie einen Anstieg negativer Presse, da Interventionen häufig mehr mediale Aufmerksamkeit mit sich bringen (vgl. Bell et al. 2013 bezüglich militärischer Interventionen). Hinzu kommt, dass sie wenig Möglichkeit hat, ihre Position am Verhandlungstisch durch militärische Stärke zu untermauern – sofern einseitige Gewalt als Zeichen von Schwäche gewertet werden kann – oder auf ihren Rückhalt in der Bevölkerung zu verweisen. Daher wird eine Regierung in dieser Situation kaum bereit sein, sich durch einen externen Akteur in die Karten schauen zu lassen und daher ein Mediationsangebot weniger wahrscheinlich annehmen.

Aber selbst zivile Opfer, die auf das Konto der Rebellengruppen gehen, werfen ein negatives Licht auf die Regierung, da sie nicht in der Lage oder gewillt zu sein scheint, die eigene Bevölkerung ausreichend zu schützen. Die Regierungsseite wird ihr Versagen im Umgang mit innerstaatlicher Instabilität in solchen Fällen nur zögerlich eingestehen, auch um eine Legitimierung der Rebellinen durch einen Mediationsprozess zu vermeiden. Hinzu kommt, dass die Ausübung einseitiger Gewalt seitens Rebellengruppen möglicherweise auch von der Regierung als Anzeichen von Schwäche gedeutet wird, sodass sie vermutlich auf eine Verbesserung ihrer eigenen Position auf dem Schlachtfeld hofft. Sie wird Mediation daher auch im Falle der Gewaltausübung durch die Rebellinen eher ablehnen.

Rebellengruppen, die gezielt Zivilistinnen töten, haben eine zwiespältige Position zu Mediation. Einerseits müssen sie ebenfalls mit harscher Kritik und einer öffentlichen Verurteilung ihrer Taten rechnen. Hinzukommen kann, ebenso wie bei Regierungsvertreterinnen, die Sorge vor einer Bestrafung, sollten ihre Kriegsverbrechen vor das Internationale Strafgericht gebracht werden, ein Thema, das z. B. die Friedensgespräche zwischen der Regierung von Uganda und der *Lord's Resistance Army* erschwerte (Schomerus 2012). Andererseits ist zu erwarten, dass politisch motivierte Rebellengruppen international begleiteten Gesprächen offen gegenüberstehen, da sie dadurch Legitimität und internationale Anerkennung erlangen können (Jo/Thomson 2013). Da Rebellengruppen durch internationale Verhandlungen mehr zu gewinnen als zu verlieren haben, werden sie die Gelegenheit für Mediation ergreifen, ungeachtet dessen, ob sie einseitige Gewalt ausgeübt haben. Durch einen Mediationsprozess werden sie zu anerkannten Verhandlungspartnerinnen aufgewertet und erhalten ein offizielles Forum, um ihren Forderungen Ausdruck zu verleihen. Gleichzeitig können sie durch den Mediationsprozess zusätzliche Ressourcen erlangen oder einer angedrohten militärischen Intervention aus dem Weg gehen. Folglich erwarten wir keinen Zusammenhang zwischen der Zustimmung zu Me-

diation und der Ausübung einseitiger Gewalt seitens der Rebellengruppe. Unsere Hypothesen in Bezug auf die Annahme von Mediationsangeboten lauten wie folgt:

H4: Ein Mediationsangebot wird weniger wahrscheinlich akzeptiert, wenn die Regierungsseite einseitige Gewalt verübt.

H5: Die Akzeptanz von Mediationsangeboten steht in keinem Zusammenhang mit einseitig ausgeübter Gewalt seitens der Rebellengruppe.

4. Forschungsdesign

Aus theoretischer Perspektive ist eine empirische Unterscheidung, ob es zu einem Angebot und darauffolgend zu einer Annahme von Mediation kommt, wünschenswert. Während die meisten bisherigen Studien lediglich untersuchen, ob Mediation stattgefunden hat, stellt das Modell von J. Michael Greig und Patrick M. Regan (2008) einen wichtigen Ausgangspunkt für uns dar. Greig und Regan bieten unseres Wissens nach die einzigen verfügbaren Daten, die zwischen Angebot und Nachfrage von Mediation in Bürgerkriegen unterscheiden (siehe auch Melin/Svensson 2009). Aus diesem Grund haben wir uns im Hinblick auf unsere abhängigen Variablen und alle Kontrollvariablen für diese Datenquelle entschieden. Dabei wird Mediation als »voluntary negotiations with the involvement of outside parties« (Greig/Regan 2008: 769) verstanden, also als ein nicht verbindlicher Verhandlungsprozess, der auf freiwilliger Basis geschieht und mit Hilfe von Drittparteien ausgetragen wird (Bercovitch 1997).¹⁶ Die Daten von Greig und Regan sind so organisiert, dass wir im Falle eines Mediationsangebots für jedes Konfliktjahr und jede Dyade, bestehend aus Konflikt und Drittteil, eine Beobachtung haben. In den 61 von uns untersuchten Konflikten wurde Mediation in 24 Konflikten 138 Mal angeboten und in 131 Fällen angenommen. Der Zeitraum unserer Analyse ist aufgrund der Datenlage auf die Jahre 1989-1999 beschränkt, eine Dekade, in der Mediation deutlich häufiger vorkam als während des Kalten Krieges (Wallensteen/Svensson 2014; Kreutz 2010).¹⁷

- 16 Zu welchem Grad eine Drittteil interveniert und den Mediationsprozess lenkt, hängt von mehreren Faktoren ab und wird in Studien zu Mediationsstrategien diskutiert (z. B. Beardsley et al. 2006; Bercovitch/Gartner 2006).
- 17 Die Daten zu Mediationsangebot und -nachfrage stehen aktuell nur bis 1999 zur Verfügung (Greig/Regan 2008). Gleichzeitig beginnt die Sammlung der Daten zu einseitiger Gewalt erst nach 1989 (Eck/Hultman 2007). Andere Datensätze, wie beispielsweise das *Civil War Mediation Dataset* (DeRouen et al. 2011), oder das *Managing Intrastate Conflict in Africa Dataset* (Melander/von Uexküll 2011), decken zwar einen längeren Zeitraum ab, sind aber aufgrund fehlender Informationen zu Mediationsangebot und -annahme für unsere in diesem Papier bearbeitete Forschungsfrage nicht geeignet.

Der Fokus unserer Analyse liegt zunächst auf dem dichotomen Indikator für das *Angebot von Mediation* in Bürgerkriegen. Greig und Regan (2008) kodieren alle Bemühungen von Drittparteien als Mediationsangebot, mithilfe derer explizit versucht wird, die Konfliktparteien an einen Tisch zu bringen (Regan/Aydin 2006). Sie schließen alle Staaten als potentielle Mediatoren in ihre Analyse ein und begründen dies mit dem Argument, dass alle Drittstaaten – und nicht etwa nur Groß- und Regionalmächte – Mediation anbieten könnten und dies auch mit großer Wahrscheinlichkeit tun werden, sobald sie ein gewisses Interesse am Konfliktausgang haben.¹⁸ Hinzu nehmen sie die VN, die Katholische Kirche, die Organisation für Afrikanische Einheit und als Restkategorie »andere Organisationen«, die Mediation anbieten. Die *Annahme von Mediation* nimmt entsprechend den Wert eins an, wenn ein Mediationsangebot von beiden Konfliktparteien angenommen wurde und Mediation stattfindet.

Unsere zentrale unabhängige Variable ist *einseitige Gewalt* aus den *Uppsala Conflict Data Program* (UCDP) *One-Sided Violence*-Daten und zählt die Anzahl der Zivilistinnen, die während eines bewaffneten Konflikts mit Absicht und direkt getötet wurden, entweder durch organisierte nichtstaatliche bewaffnete Gruppen oder durch Regierungstruppen (Eck/Hultman 2007). In unseren Analysen beziehen wir uns auf die Gesamtzahl der getöteten Zivilisten, unterscheiden aber auch zwischen einseitiger Gewalt durch Regierungstruppen und Rebellengruppen. Wir verwenden die logarithmierten Opferzahlen, um schiefe Verteilungen in den Variablen auszugleichen. Viele Bürgerkriege sind durch lang anhaltende, aber niedrigschwellige einseitige Gewalt gekennzeichnet (Eck/Hultman 2007). Dieses Gewaltniveau zieht die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft weit weniger auf sich als einseitige Gewalt in Form von Massakern, über die internationale Medien prominent berichten. Wir vermuten daher, dass es massive Gewaltakte sind, die eine internationale Antwort hervorrufen, weshalb wir uns in einigen Tests auf Fälle mit mindestens 1000 zivilen Todesopfern pro Jahr konzentrieren.¹⁹

In der Modellspezifikation für das *Mediationsangebot* unserer multivariaten Regressionsanalysen kontrollieren wir für Mediationen, die im Jahr vor der Untersuchung stattgefunden haben. Diese Variable gibt uns einen Hinweis darauf, ob die

18 Durch die Entscheidung, alle Drittstaaten als potentielle Mediatoren einzubeziehen, erlangen wir eine große Beobachtungszahl in den Tests zu Mediationsangeboten, vermeiden jedoch einen Selektionsbias, der bei einer Beschränkung allein auf politisch relevante Dyaden eingebracht würde (vgl. Greig/Regan 2008; Lemke/Reed 2001).

19 Während besonders grausame Tötungsakte verstärkt die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf sich ziehen und somit eine größere Auswirkung auf Mediationsangebote haben könnten, erlauben uns die zur Verfügung stehenden Daten zwar das Ausmaß, nicht aber die Art und Weise der Gewaltausübung zu berücksichtigen.

Konfliktparteien generell bereit sind, diplomatische Interventionen in Form von Mediation zu akzeptieren. Sie absorbiert viele andere Einflussfaktoren und ermöglicht uns, die Zahl an Kontrollvariablen gering zu halten. Zusätzlich zum Mediationsangebot im Vorjahr kontrollieren wir für in Zusammenhang mit Kampfhandlungen stehende Todesopfer. Dadurch wollen wir sicherstellen, dass wir die Opfer einseitiger Gewalt und nicht die allgemeine Konfliktintensität erfassen.²⁰ In den Analysen der Mediationsangebote schätzen wir aufgrund der dichotomen Ausprägung der abhängigen Variablen ein Probitmodell. Da wir davon ausgehen müssen, dass die einzelnen Beobachtungen zu einem Konflikt nicht unabhängig sind, führen wir die Schätzung mit robusten Standardfehlern und Clustern auf Konfliktbene durch, um der Verzerrung durch Heteroskedastizität entgegenzuwirken. Wenn wir die Annahme von Mediation untersuchen, wird das Modell für das Mediationsangebot die erste Stufe in der Heckman-Probit-Schätzung bilden. Ein Heckman-Selektionsmodell (Heckman 1979) hat den Vorteil, dass die Informationen aus der Angebotsseite in die Schätzung der Annahmeseite einfließen können. Wir gehen davon aus, dass die Mediationsannahme von den -angeboten abhängt und dass diese Angebote nicht zufällig sind. Konfliktparteien werden in ihre Entscheidung, ob sie ein Mediationsangebot annehmen möchten, alle ihnen bekannten und relevanten Informationen über das Zustandekommen des Angebots einfließen lassen, die ihnen bekannt sind. Diese Abhängigkeit der beiden Stufen voneinander und das damit verbundene Selektionsbias lässt sich gut mit dem zweistufigen Heckman-Verfahren aufgreifen.

In den zweistufigen Selektionsmodellen für *Mediationsannahme* begrenzen wir die Kontrollvariablen in der Selektionsstufe auf Mediationsannahme im Vorjahr und Todesopfer durch Kampfhandlungen. In der Ergebnisstufe kontrollieren wir für ethnische Konflikte, für die Dauer des Konflikts mit der Erwartung, dass es sich um einen kurvilinearen Zusammenhang handelt (Greig/Regan 2008; Melin/Svensson 2009), sowie für Todesopfer in Verbindung mit Kampfhandlungen, um die Konfliktintensität zu berücksichtigen. Wir gehen davon aus, dass Konfliktintensität nicht nur das Angebot, sondern auch die Annahme von Mediation beeinflusst. Hohe Konfliktkosten steigern erwartungsgemäß die Bereitschaft der Amtsinhaberinnen, Mediation zu akzeptieren (Clayton 2013). In Robustheitstests untersuchen wir wei-

20 Es muss jedoch beachtet werden, dass frühere Studien einen engen Zusammenhang zwischen einseitiger Gewalt und den mit Kampfhandlungen einhergehenden Todesopfern zeigen (Hultman 2007; Schneider et al. 2012; Wood et al. 2012).

tere Variablen aus Greig und Regans Gesamtmodell.²¹ Wir berichten hier vornehmlich die Ergebnisse unserer bevorzugten, sparsamen Modellspezifikation, die die Anzahl der Kontrollvariablen so gering wie möglich hält (Ray 2005).

5. Ergebnisse der empirischen Analysen

In der ersten Spalte von Tabelle 1 finden sich die Ergebnisse des Zusammenhangs zwischen einseitiger Gewalt und Mediationsangeboten mit einem Minimum an Kontrollvariablen – der Akzeptanz von Mediation im Vorjahr und der Anzahl der Todesopfer durch Kampfhandlungen. Beide Kontrollvariablen sind statistisch hoch signifikant und stehen in positivem Zusammenhang mit Mediationsangeboten. Folglich sind Mediationsangebote in verlustreichen Konflikten und wenn Mediation bereits im Vorjahr stattgefunden hat wahrscheinlicher. Die Gesamtanzahl der getöteten Zivilistinnen, und zwar durch beide Konfliktparteien, ist ebenfalls signifikant und steht in Verbindung mit der höheren Wahrscheinlichkeit eines Mediationsangebots. Dieser Befund liefert Unterstützung für unsere erste Hypothese. Der Zusammenhang ist nicht nur statistisch signifikant, sondern auch von substantieller Bedeutung. Für den hypothetischen Fall, dass in einem Jahr 445 Zivilisten getötet würden im Vergleich zu 64 Zivilistinnen (eine Steigerung vom Wert des 25. zu dem des 75. Perzentils), erhöht sich die Wahrscheinlichkeit des Mediationsangebots um 0,065 (Standardfehler 0,025). Dies entspricht einer Steigerung von 17% ausgehend von einer Basislinie von 0,359.²²

21 Kontrollvariablen, die in das Gesamtmodell von Greig und Regan (2008) mit einbezogen sind, in unseren weiteren Analysen aber eine untergeordnete Rolle spielen, beschreiben wir hier nicht ausführlich. Eine Beschreibung dieser Variablen kann deren Originalartikel (Greig/Regan 2008: 771-773) entnommen werden. Die Ergebnisse berichten wir im Webappendix.

22 Nachdem wir sichergestellt haben, dass unser genereller Befund robust ist, wenn Ruanda vom Sample ausgeschlossen wird, haben wir uns dazu entschlossen, die Berechnung der marginalen Effekte ohne Ruanda durchzuführen, das mit den extrem hohen Opferzahlen aus dem Jahr 1994 für einen ausgeprägt hohen Durchschnittswert und hohe Standardfehler sorgt. Berechnungen wurden mit Clarify (King et al. 2000) durchgeführt und mit dem margins-Befehl in Stata (Version 14) überprüft.

Tabelle 1: Zivile Opferzahlen und Mediationsangebote in Bürgerkriegen

VARIABLEN	(1) Mediations- angebot	(2) Mediations- angebot	(3) Mediations- angebot	(4) Mediations- angebot
Zivile Todesopfer ^a	0,0895** (0,024)	0,0896** (0,024)		
Zivile Todesopfer (Regierung) ^a			0,0356 ⁺ (0,020)	
Zivile Todesopfer (Rebellen) ^a				0,0027 (0,024)
Militärische	0,0546** (0,020)	0,0520* (0,020)	0,0590** (0,019)	0,0629** (0,019)
Todesopfer ^a				
Mediation, _{t-1}	2,5238** (0,118)	2,4551** (0,117)	2,5498** (0,127)	2,5596** (0,115)
Wirtschaftliche Interventionen		0,7636** (0,283)		
Militärische Interventionen		1,0042** (0,288)		
Konstante	-3,7469** (0,227)	-3,7455** (0,221)	-3,3903** (0,160)	-3,3044** (0,186)
Wald Chi ²	456,90**	560,55**	486,31	516,53
Pseudo R ²	0,20	0,21	0,19	0,18
Beobachtungen	45.160	45.160	45.160	45.160

Robuste Standardfehler in Klammern, ⁺ signifikant bei 10%, * signifikant bei 5%, **signifikant bei 1%

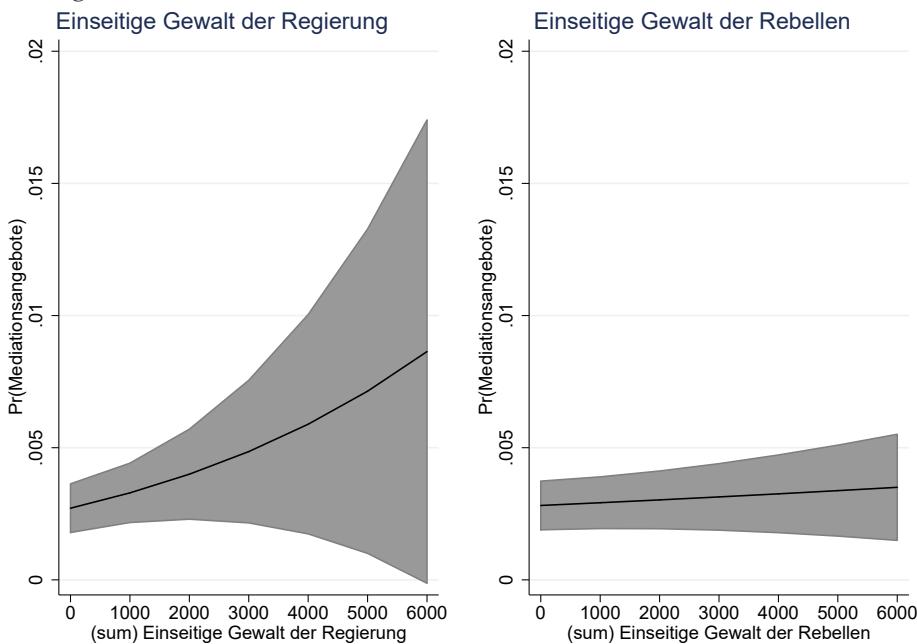
^a Variablen sind logarithmiert

Ausgehend von Greig und Regans (2008) Gesamtmodell, dem wir unsere Variable für einseitige Gewalt ebenfalls beigelegt haben, untersuchen wir zahlreiche Kombinationen von Kontrollvariablen in der Modellspezifikation, etwa militärische und wirtschaftliche Intervention, die beide in positivem Zusammenhang mit Mediationsangebot stehen (siehe Modell 2).²³ In all diesen Tests erwies sich unser zentraler Befund, der positive Koeffizient von einseitiger Gewalt, als robust. In den Modellen 3 und 4 unterscheiden wir einseitige Gewalt nach Konfliktparteien. Gewalt durch die Regierungsseite ist signifikant auf dem 10%-Niveau, wohingegen Gewalt durch

23 Die Ergebnisse der Kontrollvariablen entsprechen weitgehend denen von Greig und Regan (2008). Mediationsangebote sind wahrscheinlicher, wenn dieselbe oder eine andere Drittpartei in dem Konflikt bereits im Vorjahr vermittelt hat und wenn während des gesamten Konflikts bereits eine hohe Zahl an Mediationsereignissen stattgefunden hat. Zudem bieten Staaten, die dem Konflikt geografisch nahe sind, wahrscheinlicher ihre Mediationsdienste an.

die Rebellenseite auch einen positiven Koeffizienten aufweist, statistisch aber nicht signifikant ist. Grafik 1 zeigt die marginalen Effekte getrennt nach den Täterinnen einseitiger Gewalt. Hier zeigt der viel stärker ansteigende Graph auf der linken Seite, dass höhere zivile Opferzahlen durch die Regierungsseite auch substantiell die Wahrscheinlichkeit eines Mediationsangebots erhöhen, wohingegen mehr einseitige Gewalt durch Rebellen die Wahrscheinlichkeit eines Mediationsangebots kaum merklich ansteigen lässt. Dieses Ergebnis stimmt mit unseren Erwartungen überein (vgl. Kreutz/Brosché 2013). Somit gibt es Grund zur Annahme, dass die internationale Gemeinschaft und Drittstaaten auf Gräueltaten reagieren, indem sie ihre Dienste als Vermittlerinnen anbieten. Eine solche Reaktion wird wahrscheinlicher, wenn die Taten von der Regierung begangen werden.

Grafik 1: Marginale Effekte einseitiger Gewalt auf die Wahrscheinlichkeit eines Mediationsangebots



In Analysen, die nicht in Tabelle 1 aufgelistet sind, ersetzen wir die Anzahl der getöteten Zivilistinnen mit einer Dummyvariable, die den Wert eins annimmt, wenn mindestens 1000 zivile Opfer pro Jahr zu verzeichnen waren. Das Ergebnis für Massentötungen durch die Regierungstruppen ist dem Ergebnis aus Spalte 3 sehr

ähnlich. Wenn wir die Dummyvariable für 1000 Opfer durch die Rebellenseite verwenden, erhöht sich der Koeffizient sowie das Signifikanzniveau beträchtlich, bleibt aber trotzdem unter dem herkömmlichen Niveau von 5%. Insgesamt kann dieses Ergebnis als Hinweis interpretiert werden, dass Mediation eher nicht als Reaktion auf niedrigschwellige Gewalt durch Rebellentruppen angeboten wird. Wenn Zivilistinnen von diesen hingegen in großer Zahl getötet werden, steigt der Druck auf die internationale Gemeinschaft, tätig zu werden und nicht zu warten, bis die jeweilige Regierung ihre innenpolitischen Probleme löst.

Die von uns verwendeten Daten sind auf Jahresebenen aggregiert und nicht feingliedrig genug, um die zeitliche Reihenfolge der Ereignisse einseitiger Gewalt und Mediationsereignisse innerhalb eines Jahres darzulegen.²⁴ Insofern untersuchen wir in zusätzlichen Tests lediglich, ob dem Angebot von Mediation einseitige Gewalt im Vorjahr vorausgeht. Das Ergebnis mit zeitversetzter einseitiger Gewalt ähnelt stark dem Ergebnis aus Tabelle 1. Einseitige Gewalt durch nichtstaatliche Akteure im Vorjahr ist statistisch weiterhin nicht signifikant, wohingegen die Signifikanz für einseitige Gewalt durch Regierungstruppen zunimmt, wenn die Variable um ein Jahr zeitversetzt ist. Unsere Ergebnisse erwiesen sich auch in weiteren Tests als robust; in Modellspezifikationen mit Kontrollen für verschiedene geografische Regionen oder mit Jahresdummies hat das signifikant positive Ergebnis von einseitiger Gewalt Bestand, ebenso wenn wir für Bevölkerungsdichte kontrollieren. Auch eine Schätzung mit der Methode der kleinsten Quadrate wirkt sich kaum auf unsere Befunde aus. Alle Variablen im Modell bleiben mit den erwarteten Vorzeichen statistisch signifikant.

Ob eine Drittpartei Mediation anbietet, hängt auch davon ab, wie stark der Druck auf sie ist, »etwas zu tun«, um die gezielte Tötung von Zivilistinnen zu stoppen. Drittstaaten, die ausgeprägtem öffentlichen Druck ausgesetzt sind und in denen der Einfluss von Menschenrechtsgruppen stark ist, werden eher geneigt sein, aktiv zu werden. In Tabelle 2 analysieren wir, ob demokratische Staaten und internationale Organisationen mit humanitärer Ausrichtung wahrscheinlicher Mediationsangebote unterbreiten, wenn sie mit Berichten von zivilen Opfern konfrontiert sind.

24 Tests mit zeitlich disaggregierten Daten zu einseitiger Gewalt und dem Zustandekommen von Mediation weisen darauf hin, dass Mediation als eine Antwort auf Gewalt gegen Zivilisten angeboten wird, insbesondere wenn die Regierung die Täterin ist (Bussmann/Aduda 2016).

Tabelle 2: *Mediationsangebote in Bürgerkriegen mit zivilen Todesopfern*

	(1) Mediations- angebote	(2) Mediations- angebote demo- krat. Staaten	(3) Mediations- angebote der USA	(4) Mediations- angebote der VN	(5) Mediations- angebote der Kath. Kirche
Zivile Opfer	0.0255 (0.018)	0.0500** (0.018)	0.1187* (0.052)	0.0509 (0.052)	0.1415** (0.044)
(Regierung) _a					
Zivile Opfer	0.0135 (0.022)	0.0228 (0.024)	0.0838 ⁺ (0.044)	-0.0124 (0.043)	-0.0165 (0.059)
(Rebellen) _a					
Militärische	0.0592** (0.021)	0.0493** (0.018)	0.1062 (0.065)	0.1373 ⁺ (0.078)	-0.0203 (0.037)
Todesopfer _a					
Mediation, _{t-1}	2.4090** (0.210)	2.4402** (0.145)	0.4363 (0.715)	1.7411** (0.341)	2.3391** (0.468)
Regierungsform	0.0132 ⁺ (0.007)				
der Drittpartei					
Konstante	-3.4860** (0.190)	-3.3448** (0.193)	-3.0494** (0.496)	-2.8098** (0.686)	-2.6744** (0.271)
Pseudo R ²	0.14	0.19	0.10	0.24	0.34
Log likelihood	-527.706	-500.20	-50.63	-52.368	-18.679
Wald Chi ²	226.50**	303.18**	13.34*	27.68**	70.09**
Beobachtungen	37,136	22,645	246	246	246

Robuste Standardfehler in Klammern, ⁺ signifikant bei 10%, * signifikant bei 5%; **signifikant bei 1%
_a Variablen sind logarithmiert

In der ersten Spalte beziehen wir die *Polity IV*-Daten (Marshall/Jaggers 2002) als Kontrollvariable mit ein, um zu beobachten, ob die Regierungsform eines Staates ausschlaggebend für die Wahrscheinlichkeit eines Mediationsangebots ist. Tatsächlich beobachten wir eine positive Verbindung zwischen der Regierungsform des Drittstaates und Mediationsangeboten ($p < 0,07$). Je demokratischer ein Staat, desto wahrscheinlicher wird er seine Dienste als Vermittler anbieten. Dieser Befund verliert jedoch an Signifikanz, wenn wir dem Modell eine Kontrolle für den Großmachtstatus beifügen. Dies könnte als Hinweis gewertet werden, dass es vielmehr die mächtigen Staaten sind, die mit großer Wahrscheinlichkeit Mediationsangebote hervorbringen – ein Aspekt, dem wir noch weiter nachgehen werden. Halten wir die Regierungsform des Drittstaates konstant, zeigt sich weiterhin ein positiver Zusammenhang von einseitiger Gewalt, ausgeübt durch Regierungstruppen, und Mediationsangeboten. Dieses Ergebnis verfehlt jedoch das herkömmliche Signifikanzniveau ($p < 0,17$). Gewalt durch Rebellengruppen steht auch in diesen Tests in keinem signifikanten Zusammenhang mit einem Mediationsangebot.

In der zweiten Spalte beschränken wir unser Sample auf die demokratischen Staaten und beziehen uns dabei auf den in der Literatur üblichen Schwellenwert von mindestens sieben des *Polity IV*-Indexes (Marshall/Jaggers 2002). Dort beobachten wir einen positiven Zusammenhang zwischen Todesopfern durch einseitige Gewalt, die auf das Konto von Regierungstruppen gehen, mit Mediationsangeboten von Demokratien, wohingegen Gewalt durch Rebellen erneut keine signifikante Rolle spielt. In Analysen mit dem Sample der nichtdemokratischen Staaten weisen dagegen beide Variablen für einseitige Gewalt einen insignifikanten Befund auf (nicht in Tabelle aufgeführt). Wir finden folglich eine gewisse Unterstützung für unsere zweite Hypothese.

Da die USA als Demokratie und Großmacht eine der häufigsten Mediatorinnen sind, prüfen wir, inwiefern unsere theoretischen Erwartungen auf diesen speziellen internationalen Akteur zutreffen. In Spalte 3 sehen wir, dass die USA ihre Vermittlungsdienste wahrscheinlicher anbieten, wenn in einem Konflikt einseitige Gewalt durch die Regierungstruppen verübt wird ($p < 0,02$) und auch wenn die nichtstaatliche bewaffnete Gruppe Täterin einseitiger Gewalt ist ($p < 0,06$). Wir führen diese Untersuchung ebenfalls für andere Großmächte durch. Einseitige Gewalt seitens der Regierungstruppen oder auch seitens der Rebellen steht in keinem signifikanten Zusammenhang mit der Entscheidung Frankreichs oder Großbritanniens, Mediation anzubieten. Es gibt also Hinweise, aber keine eindeutige Unterstützung für unsere Hypothese, dass Demokratien, insbesondere Großmächte, eher Mediation anbieten, wenn auch zivile Opfer zu beobachten sind, obgleich dieser Aspekt vor allem für US-amerikanische Entscheidungsträgerinnen relevant zu sein scheint. Weitere Forschung ist notwendig, um den Zusammenhang zwischen Gewalt gegen Zivilisten und diplomatischen Interventionen durch demokratische Staaten zu entschlüsseln.

In Modell 4 und 5 untersuchen wir, ob einseitige Gewalt in Zusammenhang mit Mediationsangeboten durch internationale Organisationen mit humanitärem Fokus steht. Entgegen unserer Hypothese finden wir keinen Hinweis darauf, dass die VN Mediation anbieten, wenn ein Bürgerkrieg durch viele zivile Opfer gekennzeichnet ist. Zwar hat die Variable für einseitige Gewalt durch Regierungstruppen ein positives Vorzeichen, Rebellengewalt weist jedoch ein negatives Vorzeichen auf, und keine der beiden Variablen ist in diesem Modell statistisch signifikant. Statt dessen scheinen für die VN Todesopfer in Verbindung mit Kampfhandlungen eine wichtigere Rolle einzunehmen ($p < 0,08$), zumindest in dem vorliegenden Untersuchungszeitraum, der im Jahr 1999 endet. Die 1990er Jahre waren durch Debatten gekennzeichnet, ob und wie die VN am besten in humanitären Krisen intervenieren können. Das Versagen von VN-Blauhelmsoldatinnen, Zivilisten in Ruanda oder in

Srebrenica zu schützen, veränderte diesen Diskurs und resultierte in der Annahme der R2P-Norm im Jahr 2005.

Schließlich gehen wir im letzten Modell von Tabelle 2 dem Zusammenhang von einseitiger Gewalt und Mediationsangeboten durch NGOs mit humanitärem Fokus nach. Vertreterinnen von Organisationen wie der Katholischen Kirche sind häufig als Mediatorinnen aktiv, wie z. B. in den Konflikten in Guatemala, Burundi, Mosambik und Indonesien. Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Katholische Kirche ihre Dienste verstärkt anbietet, wenn Zivilisten gezielt durch Regierungstruppen getötet werden. Einseitige Gewalt durch Rebellengruppen spielt jedoch keine signifikante Rolle. Dies wird in diversen Modellspezifikationen bestätigt, beispielsweise, wenn wir für die Art des Konflikts (ethnisch oder territorial) kontrollieren.²⁵

Als Zwischenfazit können wir festhalten, dass Drittparteien vor allem dann Mediation anbieten, wenn die Regierungsseite die Täterin der Gewalt gegen Zivilistinnen ist. Von Rebellen ausgeübte einseitige Gewalt steht dagegen nicht signifikant in Zusammenhang mit Mediationsangeboten, es sei denn, es handelt sich um sehr hohe Opferzahlen. Bezuglich des Mediationsangebots durch demokratische Drittstaaten und Organisationen mit einem humanitären Fokus erhalten wir gemischte Ergebnisse. Demokratien bieten insgesamt wahrscheinlicher Mediation an, wenn die Regierungsseite einseitige Gewalt ausübt. Auch das Angebot von Mediation der USA wird von einseitiger Gewalt beeinflusst. Wir können dies jedoch nicht für andere Großmächte bestätigen. Die Katholische Kirche bietet ebenfalls verstärkt Mediation in Konflikten mit vielen zivilen Opfern an. Die Mediationsangebote der VN scheinen in unserem Untersuchungszeitraum dagegen nicht mit einseitiger Gewalt in Verbindung zu stehen.

Im nächsten Schritt gehen wir der Frage nach, ob die Akzeptanz von Mediationsangeboten in Konflikten mit hoher Gewalt gegen die Zivilbevölkerung geringer ist. Wir untersuchen die Hypothesen für Mediationsannahme mit einem Heckman-Probit-Selektionsmodell. Der Vorteil eines solchen zweistufigen Modells ist, dass wir zunächst schätzen, wann Mediation angeboten wird und diese Informationen zur Selektion der Fälle aus dem Angebotsmodell dann in die Schätzung der Annahme von Mediation einfließen lassen können. Für die Selektionsstufe halten wir uns eng an die Modelle zum Mediationsangebot (Tabelle 1 und 2). Für die Ergebnistufe, die Annahme von Mediation, verwenden wir, wie schon zuvor, eine Vereinfachung des Modells von Greig und Regan (2008).

25 Es muss jedoch angemerkt werden, dass sich die Anzahl der von der Katholischen Kirche geleiteten Mediationen in unserem Datensatz auf nur sechs Prozesse beläuft.

Tabelle 3: *Mediationsangebot und -nachfrage in Bürgerkriegen mit zivilen Opfern*

	(1)			(2)		
	Mediations- angebot	Mediations- annahme		Mediations- angebot	Mediations- annahme	Mediations- angebot
Zivile Todesopfer _a	0.0895** (0.024)	-0.2600** (0.078)				
Zivile Todesopfer (Regierung) _a			0.0356 ⁺ (0.020)	-0.1976** (0.075)		
Zivile Todesopfer (Rebellen) _a					0.0027 (0.024)	-0.0010 (0.062)
Militärische Todesopfer _a	0.0545** (0.020)	0.0191 (0.107)	0.0589** (0.019)	0.0049 (0.100)	0.0628** (0.020)	0.0133 (0.094)
Konfliktdauer		0.1183* (0.050)		0.1635* (0.082)		0.0717* (0.032)
Konfliktdauer ²		-0.0030** (0.001)		-0.0038* (0.002)		-0.0019** (0.001)
Ethnischer Konflikt		1.2508** (0.382)		1.5333* (0.729)		0.6312** (0.236)
Mediation, _{t-1}	2.5245** (0.118)		2.5502** (0.127)		2.5602** (0.115)	
Konstante	-3.7460** (0.227)	3.8656** (0.951)	-3.3896** (0.160)	3.0111** (1.079)	-3.3039** (0.186)	2.7528** (0.891)
Rho		-0.802 (0.071)		-0.854 (0.125)		-0.798 (0.090)
Wald Chi ²		19.86**		21.72**		24.66**
Beobachtungen		45.160		45.160		45.160
Unzensierte Beob- achtungen		138		138		138

Robuste Standardfehler in Klammern, ⁺ signifikant bei 10%, *Signifikant bei 5%; **Signifikant bei 1%

^a Variablen sind logarithmiert

Da es sich um ein zweistufiges Verfahren handelt, wird für jedes Modell die Selektionsstufe – in unserem Fall das Mediationsangebot – und die Ergebnisstufe – die Mediationsannahme – berichtet. Die Ergebnisse in Tabelle 3 liefern keine Hinweise auf einen Zusammenhang zwischen den aus Kampfhandlungen resultierenden Todesopfern und der Entscheidung, Mediationsangebote anzunehmen. Die Anzahl der gezielt getöteten Zivilisten scheint jedoch in die Entscheidungsfindung des Mediationsangebots einzufließen. Die Ergebnisse sind überaus interessant, da sie die gegensätzliche Rolle von einseitiger Gewalt für Mediationsangebot und -annahme hervorheben, die wir bereits im theoretischen Argument formuliert hatten. Einer-

seits erhöht einseitige Gewalt durch Regierungsparteien die Wahrscheinlichkeit von Mediationsangeboten durch Drittparteien. Andererseits sind die Konfliktparteien zögerlich, solche Angebote anzunehmen, wenn in Konflikten eine hohe Zahl ziviler Opfer zu verzeichnen ist. Die Gesamtzahl ziviler Opfer sowie die durch die Regierungsseite ausgeübte einseitige Gewalt (Modelle 1 und 2) sind in der Selektionsstufe (Mediationsangebot) hoch signifikant und haben einen positiven Koeffizienten. In der Ergebnistufe (Mediationsannahme) haben sie jedoch einen negativen Koeffizienten.²⁶ Ob Rebellen einseitige Gewalt verüben, scheint hingegen weder eine Auswirkung auf das Angebot noch auf die Nachfrage von Mediation zu haben (Modell 3). Diese Ergebnisse entsprechen unseren theoretischen Erwartungen.²⁷

Ein Blick in die Daten offenbart zudem, dass Molly M. Melin und Isak Svensson (2009) zu Recht auf das vorsichtige Vorgehen von Mediatorinnen hinweisen, die ihre diplomatischen Hilfen nur dann anbieten, wenn sie sich sicher sind, dass das Angebot auch akzeptiert wird. Von den insgesamt 138 Mediationsangeboten in unserem Sample wurden nur sieben nicht angenommen.²⁸ In den Fällen, in denen Mediationsangebote von Drittstaaten abgelehnt wurden, wurden Alternativangebote, etwa von den VN, angenommen. In der Tat betrachten Konfliktparteien besonders die Mediatorinnen der VN als »agents of legitimization« (Richmond 1998: 713). Sie bringen besondere Ressourcen und Erfahrungen mit an den Tisch, die vielen Drittstaaten nicht zur Verfügung stehen. Von den 20 Mediationsangeboten der VN in unserem Sample wurden alle durch die Konfliktparteien akzeptiert. Dass die überwiegende Zahl der Mediationsangebote angenommen wird, werten wir als Hinweis auf ein genaues Abwägen der Mediatoren, ob sie Mediation anbieten oder nicht. Die von uns verwendeten Daten beziehen sich auf explizite und öffentlich gemachte Mediationsangebote und liefern uns keine Informationen zu im Geheimen und im Hintergrund geführten Gesprächen. Gerade für solche Gespräche bieten die VN ein geeignetes Forum, was zusätzlich als Erklärung für die hohe Annahmequote ihrer Angebote gedeutet werden kann.

- 26 Wir haben diese Analysen ebenfalls mit dem vollständigen Modell von Greig und Regan (2008) durchgeführt. Die Ergebnisse entsprechen den Befunden aus Tabelle 3. Einseitige Gewalt hängt positiv mit dem Angebot und negativ mit der Nachfrage von Mediation zusammen.
- 27 Die vorliegenden Daten erlauben uns leider keine Rückschlüsse darauf, welche Konfliktpartei das Mediationsangebot abgelehnt hat.
- 28 In drei Fällen, in Burundi (1996), Georgien (1993) und Ruanda (1994), wurden die USA als Mediatorin zurückgewiesen. Andere abgewiesene Mediatoren waren Thailand (1995 in Myanmar), Norwegen (1993 in Guatemala – Norwegen hatte in diesem Konflikt jedoch 1990 vermittelt), Kanada und der frühere US-Präsident Jimmy Carter, die beide in dem Konflikt im Sudan 1999 respektive 1989 nicht als Mediator akzeptiert wurden.

6. Diskussion und Fazit

Mediation ist eines von vielen Instrumenten der Außenpolitik, das Drittstaaten und internationalen Organisationen zur Verfügung steht, wenn sie in Bürgerkriege mit hohen zivilen Opferzahlen intervenieren möchten. Sie ist mit vergleichsweise geringen Kosten verbunden und kann auf einer *ad hoc*-Basis eingesetzt werden. Als diplomatische Form der Intervention ist sie eine Möglichkeit, der Öffentlichkeit und der internationalen Gemeinschaft zu signalisieren, dass etwas gegen Gewalttaten unternommen wird. Entsprechend den theoretischen Erwartungen deuten die Ergebnisse unserer statistischen Analyse auf eine erhöhte Wahrscheinlichkeit, dass Drittparteien ihre Vermittlungsdienste vor allem in Konflikten anbieten, die sich durch ein hohes Ausmaß einseitiger Gewalt auszeichnen, ausgeübt von der Regierung, welche damit ihrer Schutzverantwortung gegenüber der eigenen Bevölkerung offenkundig nicht nachkommt. Gleichzeitig sind Drittparteien zögerlich, Mediation anzubieten, wenn die Rebellenseite Urheberin gezielter Gewalt an Zivilistinnen ist. Drittparteien warten ab, ob die Regierung des Konfliktlandes die Situation eigenständig unter Kontrolle bekommt. Dies hängt eng mit der Legitimität der Konfliktparteien zusammen, da Mediation mit einer Anerkennung als internationaler Gesprächspartnerin einhergeht, was aber angesichts der verübten Gewalttaten kaum vertretbar ist (vgl. Schlichte/Schneckener 2016).

Unseren Erwartungen zufolge sollten in von einseitiger Gewalt geprägten Bürgerkriegen insbesondere die Drittparteien verstärkt Mediation anbieten, die dem Druck der internationalen Öffentlichkeit bzw. dem Druck von Menschenrechtsgruppen etwas gegen die Gräueltaten zu unternehmen, in besonderem Maße ausgesetzt sind. Dennoch stehen zivile Todesopfer nicht mit Mediationsangeboten der VN in Verbindung – zumindest nicht in unserem sich auf die 1990er Jahre beschränkten Untersuchungszeitraum, in dem die Debatte um die R2P an Fahrt aufgenommen hat. Dieses Ergebnis überrascht uns und bedarf weiterer Analysen, auch vor dem Hintergrund der Erkenntnisse neuerer Studien zu anderen Interventionsformen, wie z. B. *Peacekeeping*-Einsätzen der VN, denen eine schützende Wirkung für die Zivilbevölkerung attestiert wurde, sofern sie mit ausreichend militärischem und polizeilichem Personal ausgestattet sind (Hultman et al. 2013). Wir finden jedoch Hinweise, dass demokratische Drittstaaten, insbesondere die USA, wahrscheinlicher Mediation anbieten, wenn Regierungen Gewalt gegen Zivilistinnen verübt haben. Unser Befund stützt die Vermutung, dass Demokratien darauf bedacht sind, einseitige Gewalt in Bürgerkriegen einzudämmen, auch um den Erwartungen der eigenen Öffentlichkeit zu entsprechen – selbst wenn Demokratien bei militärischen zwischenstaatlichen Konflikten wenig auf die Vermeidung ziviler Opfer

achten (Downes 2007). Nichtsdestotrotz zeigen Idean Salehyan, David S. Siroky und Reed Wood (2014) in einer Studie zu wirtschaftlicher und militärischer Unterstützung von nichtstaatlichen bewaffneten Akteuren, dass ein demokratischer Prinzipal seine ausführenden Organe anhalten wird, von Gewalt gegen die Zivilbevölkerung abzusehen. Zu prüfen gilt, ob Mediatoren diesbezüglich eine ähnliche Rolle übernehmen.

Nachdem das Angebot von Mediation durch eine Drittpartei der erste Schritt ist, müssen die Konfliktparteien dieses Angebot im zweiten Schritt akzeptieren, damit ein Mediationsprozess stattfinden kann. Unsere Ergebnisse zeigen, dass Mediationsangebote weniger wahrscheinlich akzeptiert werden, wenn die Regierungsseite einseitige Gewalt verübt, während einseitige Gewalt durch Rebellen nicht im Zusammenhang mit der Annahme von Mediationsangeboten steht. Einer Anerkennung von Rebellengruppen als Verhandlungspartnerin und somit als politischem Akteur widersetzen sich vor allem die Regierungen in Konfliktstaaten. Sie befürchten einen Autonomieverlust (Clayton 2013). Dies gilt umso mehr, wenn eine Regierung selbst in Gewalt gegen die Zivilbevölkerung verstrickt ist und eine gegen sie voreingetommene Mediatorin erwartet. Für gewaltausübende Rebellengruppen wird das Interesse an Mediation nicht gemindert, da eine internationale Anerkennung jeglicher Art ohnehin in ihrem Interesse liegt und ein Ausgleich zu einem mit einseitiger Gewalt einhergehenden schwindenden Rückhalt in der Bevölkerung sein kann.

Angesichts der Ergebnisse unserer Studie stellt sich die Frage, ob Mediation auch ein hilfreiches Instrument zur Eindämmung von Massakern und anderen Gräueltaten gegen Zivilistinnen sein kann. Während die Frage, ob Mediation Konflikte dauerhaft befrieden kann, umstritten sein mag, da in Mediationsprozessen geschlossene Abkommen häufig nicht beständig sind (Beardsley 2011), könnten auch diese Abkommen einen Beitrag zum Schutz der Zivilbevölkerung leisten. Die Anzahl ziviler Opfer steht in engem Zusammenhang mit Kampfhandlungen. Wenn ein Mediationsprozess zumindest in Form eines Waffenstillstandsabkommens zur Unterbrechung der Kampfhandlungen führt, bedeutet dies auch zeitweiligen Schutz für Zivilisten. Diese Vermutung muss jedoch in zukünftigen Studien analysiert werden. Sofern Mediation nicht zu einem Rückgang direkter Gewalt gegen Zivilistinnen beiträgt, wäre sie vornehmlich als Signal an die eigene Öffentlichkeit zu verstehen. Dies scheint im Falle von Wirtschaftssanktionen teilweise der Fall zu sein. Deren Ankündigung und tatsächliche Ausgestaltung können ganz unterschiedliche Signale an die Öffentlichkeit und bestimmte Interessensgruppen senden (McLean/Whang 2014). Weitere systematische Untersuchungen sind ebenfalls notwendig, um zu klären, ob diplomatische Interventionen mit Blick auf den Schutz der Zivilbevöl-

kerung dazu geeignet sind, militärische und wirtschaftliche Interventionsformen zu ergänzen oder zu ersetzen (Regan/Aydin 2006).

Literatur

- Allen, Susan/Lektzian, David* 2013: Economic Sanctions: A Blunt Instrument?, in: *Journal of Peace Research* 50: 1, 121-135.
- Aydin, Aysegul* 2010: Where Do States Go? Strategy in Civil War Intervention, in: *Conflict Management and Peace Science* 27: 1, 47-66.
- Beardsley, Kyle C./Quinn, David M./Biswas, Bidisha/Wilkenfeld, Jonathan* 2006: Mediation Style and Crisis Outcome, in: *Journal of Conflict Resolution* 50: 1, 58-86.
- Beardsley, Kyle C.* 2009: Intervention Without Leverage: Explaining the Prevalence of Weak Mediators, in: *International Interactions* 35: 3, 272-297.
- Beardsley, Kyle C.* 2010: Pain, Pressure and Political Cover: Explaining Mediation Incidence, in: *Journal of Peace Research* 47: 4, 395-406.
- Beardsley, Kyle C.* 2011: The Mediation Dilemma, Ithaca, NY.
- Beber, Bernd* 2012: International Mediation, Selection Effects, and the Question of Bias, in: *Conflict Management and Peace Science* 29: 4, 397-424.
- Bell, Sam R./Frank, Richard/Macharia, Paul* 2013: Passenger or Driver? A Cross-National Examination of Media Coverage and Civil War Interventions, in: *International Interactions* 39: 5, 646-671.
- Bercovitch, Jacob* 1992: The Structure and Diversity of Mediation in International Relations, in: Bercovitch, Jacob/Rubin, Jeffrey Z. (Hrsg.): *Mediation in International Relations. Multiple Approaches to Conflict Management*, New York, NY, 1-29.
- Bercovitch, Jacob* 1997: Mediation in International Conflict, in: Zartman, I. William/Rasmussen, J. Lewis (Hrsg.): *Peacemaking in International Conflict*, Washington, DC, 125-153.
- Bercovitch, Jacob/ Anagnoson, J. Theodore/ Wille, Donnette L.* 1991: Some Conceptual Issues and Empirical Trends in the Study of Successful Mediation in International Relations, in: *Journal of Peace Research* 28: 1, 7-17.
- Bercovitch, Jacob/Schneider, Gerald* 2000: Who Mediates? The Political Economy of International Conflict Management, in: *Journal of Peace Research* 37: 2, 145-165.
- Bercovitch, Jacob/Jackson, Richard* 2001: Negotiation or Mediation? An Exploration of Factors Affecting the Choice of Conflict Management in International Conflict, in: *Negotiation Journal* 17: 1, 59-77.

- Bercovitch, Jacob* 2002: Introduction: Putting Mediation in Context, in: ders. (Hrsg.): *Studies in International Mediation*, New York, NY, 3-24.
- Bercovitch Jacob/Gartner, Sigmund S.* 2006: Is There Method in the Madness of Mediation? Some Lessons for Mediators from Quantitative Studies of Mediation, in: *International Interactions* 32: 4, 329-354.
- Bercovitch, J./Kadayifci-Orellana, A.* 2009: Religion and Mediation: The Role of Faith-Based Actors in International Conflict Resolution., in: *International Negotiation* 14: 1, 175-204.
- Bergmann, Julian* 2014: Reputation, Glaubwürdigkeit und interventionistischer Verhandlungsstil – Eigenschaften erfolgreicher Friedensstifter?, in: *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung* 3: 2, 233-263.
- Bussmann, Margit* 2016: Dynamics of One-Sided Violence in the Civil War in Northern Uganda, in: *Civil Wars* 17: 4, 465-484.
- Bussmann, Margit/Aduda, Levke* 2016: Mediation and the Dynamics of Civilian Victimization in Intrastate Conflicts (Working Paper Universität Greifswald), Greifswald.
- Bussmann, Margit/Schneider, Gerald* 2016: A Porous Humanitarian Shield: The Laws of War, the Red Cross, and the Killing of Civilians, in: *Review of International Organizations* 11: 3, 337-359.
- Clayton, Govinda* 2013: Relative Rebel Strength and the Onset and Outcome of Civil War Mediation, in: *Journal of Peace Research* 50: 5, 609-622.
- Clayton, Govinda/Gleditsch, Kristian* 2014: Will We See Helping Hands? Predicting Civil War Mediation and Likely Success, in: *Conflict Management and Peace Science* 31: 3, 265-284.
- Cunningham, David E./Gleditsch, Kristian S./Salehyan, Idean* 2009: It Takes Two. A Dyadic Analysis of Civil War Duration and Outcome, in: *Journal of Conflict Resolution* 53: 4, 570-597.
- DeRouen, Karl Jr./Bercovitch, Jacob/Pospieszna, Paulina* 2011: Introducing the Civil War Mediation (CWM) Dataset, in: *Journal of Peace Research* 48: 5, 663-672.
- Downes, Alexander* 2007: Restraint or Propellant? Democracy and Civilian Fatalities in Interstate Wars, in: *Journal of Conflict Resolution* 51: 6, 872-904.
- Eck, Kristine/Hultman, Lisa* 2007: Violence Against Civilians in War, in: *Journal of Peace Research* 44: 2, 233-246.
- Fortna, Virginia P.* 2004: Does Peacekeeping Keep Peace? International Intervention and the Duration of Peace after Civil War, in: *International Studies Quarterly* 48: 2, 269-292.

- Gartner, Scott S./Segura, Gary M.* 1998: War, Casualties and Public Opinion, in: *Journal of Conflict Resolution* 42: 3, 278-300.
- Greig, J. Michael* 2005: Stepping into the Fray: When Do Mediators Mediate?, in: *American Journal of Political Science* 49: 2, 249-266.
- Greig, J. Michael* 2015: Nipping Them in the Bud: The Onset of Mediation in Low-intensity Civil Conflicts, in: *Journal of Conflict Resolution* 59: 2, 336-361.
- Greig, J. Michael/Diehl, Paul F.* 2006: Softening Up: Making Conflicts More Amenable to Diplomacy, in: *International Interactions* 32: 4, 355-384.
- Greig, J. Michael/Diehl, Paul F.* 2012: *International Mediation*, Cambridge.
- Greig, J. Michael/Regan, Patrick M.* 2008: When Do They Say Yes? An Analysis of the Willingness to Offer and Accept Mediation in Civil Wars, in: *International Studies Quarterly* 52: 4, 759-781.
- Hafner-Burton, Emilie M.* 2008: Sticks and Stones: Naming and Shaming the Human Rights Enforcement Problem, in: *International Organization* 62: 4, 689-716.
- Heckman, James J.* 1979: Sample Selection Bias as a Specification Error, in: *Econometrica* 47: 1, 153-161.
- Hellman, Johan* 2012: The Occurrence of Mediation: A Critical Evaluation of the Current Debate, in: *International Studies Review* 14: 4, 591-603.
- Hendrix, Cullen S./Wong, Wendy H.* 2013: When Is the Pen Truly Mighty? Regime Type and the Efficacy of Naming and Shaming in Curbing Human Rights Abuses, in: *British Journal of Political Science* 43: 3, 651-672.
- Hultman, Lisa* 2007: Battle Losses and Rebel Violence: Raising the Costs for Fighting, in: *Terrorism and Political Violence* 19: 2, 205-222.
- Hultman, Lisa* 2009: The Power to Hurt in Civil War: The Strategic Aim of RENAMO Violence, in: *Journal of Southern African Studies* 35: 4, 821-834.
- Hultman, Lisa/Kathman, Jacob/Shannon, Megan* 2013: United Nations Peacekeeping and Civilian Protection in Civil War, in: *American Journal of Political Science* 57: 4, 875-891.
- Jo, Hyeran/Thomson, Catarina P.* 2013: Legitimacy and Compliance with International Law: Access to Detainees in Civil Conflicts, 1991-2006, in: *British Journal of Political Science* 44: 2, 1-33.
- Kalyvas, Stathis N.* 2006: *The Logic of Violence in Civil War*, Cambridge.
- King, Gary/Tomz, Michael/Wittenberg, Jason* 2000: Making the Most of Statistical Analyses: Improving Interpretation and Presentation, in: *American Journal of Political Science* 44: 2, 347-361.
- Kissinger, Henry A.* 1969: The Viet Nam Negotiations, in: *Foreign Affairs* 47: 2, 211-235.

- Krain, Matthew* 2005: International Intervention and the Severity of Genocides and Politicides, in: International Studies Quarterly 49: 3, 363-387.
- Krain, Matthew* 2012: J'accuse! Does Naming and Shaming Perpetrators Reduce the Severity of Genocides or Politicides?, in: International Studies Quarterly 56: 3, 574-589.
- Kreutz, Joakim* 2010: How and When Armed Conflicts End: Introducing the UCDP Conflict Termination Dataset, in: Journal of Peace Research 47: 2, 243-250.
- Kreutz, Joachim/Brosché, Johan* 2013: A Responsibility to Talk: Mediation and Violence against Civilians, in: Canadian Foreign Policy Journal 19: 1, 26-38.
- Kydd, Andrew* 2003: Which Side Are You On? Bias, Credibility, and Mediation, in: American Journal of Political Science 47: 4, 597-611.
- Kydd, Andrew* 2006: When Can Mediators Build Trust?, in: American Political Science Review 100: 3, 449-462.
- Lacina, Bethany* 2006: Explaining the Severity of Civil Wars, in: Journal of Conflict Resolution 50: 2, 276-289.
- Lemke, Douglas/Reed, William* 2001: The Relevance of Politically Relevant Dyads, in: Journal of Conflict Resolution 45: 1, 126-144.
- Marshall, Monty G./Jaggers, Keith* 2002: Polity IV Dataset. Center for International Development and Conflict Management, University of Maryland.
- McLean, Elena/Whang, Taehee* 2014: Designing Foreign Policy. Voters, Special Interest Groups, and Economic Sanctions, in: Journal of Peace Research 51: 5, 589-602.
- Melander, Erik/Uexküll, Nina von* 2011: Sustained Third Party Engagement and Conflict Termination: An Introduction of the UCDP Managing Intrastate Conflict (MIC) Dataset (Konferenzpapier vorgestellt auf dem »Annual Meeting of the International Studies Association«, 16.-19.3.2011), Montreal.
- Melin, Molly M./Svensson, Isak* 2009: Incentives for Talking: Accepting Mediation in International and Civil Wars, in: International Interactions 35: 3, 249-271.
- Melin, Molly/Gartner, Scott S./Bercovitch, Jacob* 2013: Fear Of Rejection. The Puzzle of Unaccepted Mediation Offers in International Conflict, in: Conflict Management and Peace Science 30: 4, 354-368.
- Mooradian, Moorad/Druckman, Daniel* 1999: Hurting Stalemate or Mediation? The Conflict over Nagorno-Karabakh, 1990-1995, in: Journal of Peace Research 36: 6, 709-727.
- Mueller, John E.* 1973: War Presidents and Public Opinion, New York, NY.
- Murdie, Amanda/Peksen, Dursun* 2014: The Impact of Human Rights INGO Shaming on Humanitarian Interventions, in: Journal of Politics 76: 1, 215-228.

- Peksen, Dursun* 2009: Better or Worse? The Effect of Economic Sanctions on Human Rights, in: *Journal of Peace Research* 46: 1, 59-77.
- Princen, Thomas* 1992: *Intermediaries in International Conflict*, Princeton, NJ.
- Rauchhaus, Robert W.* 2006: Asymmetric Information, Mediation, and Conflict Management, in: *World Politics* 58, 207-241.
- Ray, James L.* 2005: Constructing Multivariate Analyses (Of Dangerous Dyads), in: *Conflict Management and Peace Science* 22: 4, 277-292.
- Regan, Patrick M./Aydin, Aysegul* 2006: Diplomacy and Other Forms of Intervention, in: *Journal of Conflict Resolution* 50: 5, 736-756.
- Regan, Patrick M./Richard, Frank/Aydin, Aysegul* 2009: Diplomatic Interventions and Civil Wars: A New Dataset, in: *Journal of Peace Research* 46: 1, 135-146.
- Reid, Lindsay* 2015: Finding a Peace that Lasts. Mediator Leverage and the Durable Resolution of Civil Wars, in: *Journal of Conflict Resolution* (Online-Vorabpublikation am 26.10.2015; doi: 10.1177/0022002715611231).
- Richmond, Oliver* 1998: Devious Objectives and the Disputants' View of International Mediation: A Theoretical Framework, in: *Journal of Peace Research* 35: 6, 707-722.
- Ruhe, Constantin* 2015: Anticipating Mediated Talks: Predicting the Timing of Mediation With Disaggregated Conflict Dynamics, in: *Journal of Peace Research* 52: 2, 243-257.
- Salehyan, Idean/Siroky, David S./Wood, Reed* 2014: External Rebel Sponsorship and Civilian Abuse: A Principal-Agent Analysis of Wartime Atrocities, in: *International Organization* 98: 3, 633-661.
- Savun, Burcu* 2008: Information, Bias, and Mediation Success, in: *International Studies Quarterly* 52: 1, 25-47.
- Schlichte, Klaus/Schneckener, Ulrich* 2016: Armed Groups and the Politics of Legitimacy, in: *Civil Wars* 17: 4, 409-424.
- Schneider, Gerald/Bussmann, Margit/Ruhe, Constantin* 2012: The Dynamics of Mass Killings: Testing Time-Series Models of One-Sided Violence in the Bosnian Civil War, in: *International Interactions* 38: 4, 443-461.
- Schneider, Gerald/Banholzer, Lilli/Haer, Roos* 2011: Cain's Choice: Causes of One-Sided Violence against Civilians, in: Jakobsen, Tor G. (Hrsg.): *Causes of War: An Introduction to Theories behind Warfare and Collective Violence*, New York, NY, 57-82.
- Schomerus, Mareike* 2012: Even Eating You Can Bite Your Tongue. Dynamics and Challenges of the Juba Peace Talks with the Lord's Resistance Army (PhD Thesis, London School of Economics), London.

- Snow, Donald M.* 1996: Uncivil Wars. International Security and the New Internal Conflicts, Boulder, CO.
- Svensson, Isak* 2007: Bargaining, Bias and Peace Brokers: How Rebels Commit to Peace, in: *Journal of Peace Research* 44: 2, 177-194.
- Svensson, Isak* 2009: Who Brings Which Peace? Neutral Versus Biased Mediation and Institutional Peace Arrangements in Civil Wars, in: *Journal of Conflict Resolution* 53: 3, 446-469.
- Touval, Saadia/Zartman, I. William* 1985: Introduction, in: dies. (Hrsg.): *International Mediation in Theory and Practice*, Boulder, CO, 7-17.
- UN* 2014 a: Peacemaking Mandate. United Nations Peacemaker, in: <http://peacemaker.un.org/peacemaking-mandate>; 19.11.2015.
- UN* 2014 b: Mediation Support Overview. United Nations Peacemaker, in: <http://peacemaker.un.org/mediation-support>; 19.11.2015.
- Wallensteen, Peter/Svensson, Isak* 2014: Talking Peace: International Mediation in Armed Conflicts, in: *Journal of Peace Research* 51: 2, 315-327.
- Walter, Barbara F.* 1997: The Critical Barrier to Civil War Settlement, in: *International Organization* 51: 3, 335-364.
- Wood, Reed M.* 2010: Rebel Capability and Strategic Violence against Civilians, in: *Journal of Peace Research* 47: 5, 601-614.
- Wood, Reed M./Kathman, Jacob D./Gent, Stephen E.* 2012: Armed Intervention and Civilian Victimization in Intrastate Conflict, in: *Journal of Peace Research* 49: 5, 647-660.
- World Bank* 2015: World Development Indicators. Population Density (People per sq. km of Land Area), (Data file), in: <http://data.worldbank.org/indicator/EN.POP.DNST>; 13.6.2016.
- Zartman, I. William* 2001: The Timing of Peace Initiatives: Hurting Stalemates and Ripe Moments, in: *The Global Review of Ethnopolitics* 1: 1, 8-18.

Die Autorinnen

Prof. Dr. Margit Bussmann ist Professorin für Internationale Beziehungen und Regionalstudien am Institut für Politik- und Kommunikationswissenschaft, Universität Greifswald
E-Mail: margit.bussmann@uni-greifswald.de

Levke Aduda ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und Regionalstudien, Universität Greifswald
E-Mail: levke.aduda@uni-greifswald.de